

FORSCHUNGSVERBUND FORDEMOCRACY

Working Paper Nr. 6

**Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund**

Eine qualitative Studie zu Herausforderungen und Veränderungsmöglichkeiten im Bereich der Parteien und Parlamente

Nicole Brand, M.A.

Lektorat: Simon Schmidbauer, M.A.

Kontakt über:

Prof. Dr. habil. Sonja Haug

OTH Regensburg

Seybothstr. 2

93053 Regensburg

Sonja.Haug@oth-regensburg.de



März 2021

**Nicole Brand**

**Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund**

**Eine qualitative Studie zu Herausforderungen und Veränderungsmöglichkeiten  
im Bereich der Parteien und Parlamente**

Working Paper Nr. 6

Bayerischer Forschungsverbund Zukunft der Demokratie

März 2021

<https://fordemocracy.hypotheses.org>

Working Papers

---

© by the author

**Nicole Brand, M.A.**

Downloads: <https://fordemocracy.hypotheses.org/3008>

Bayerischer Forschungsverbund ForDemocracy

[www.fordemocracy.de](http://www.fordemocracy.de)

## Zusammenfassung

Die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein Thema, welches im sozialwissenschaftlichen, sowie im politikwissenschaftlichen Kontext in den letzten Jahren zunehmend Berücksichtigung findet. Dabei steht insbesondere im Mittelpunkt, welche Formen der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in welchem Umfang genutzt werden. Gegenwärtig zeigt sich das Bild, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland weniger politisch partizipieren, als Menschen ohne Migrationshintergrund. Dies spiegelt sich insbesondere mit Blick auf die verschiedenen Parlamente wieder, da Menschen mit Migrationshintergrund dort nur marginal vertreten sind. In diesem Zusammenhang soll die vorliegende Arbeit aufzeigen, welche Herausforderungen Abgeordnete mit Migrationshintergrund insbesondere in kommunalpolitischen Parlamenten erleben und wie diese Teilhabe verbessert werden kann. Ebenso sollen geschlechtsspezifische Unterschiede der politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden. Die vorliegende Forschungsarbeit stellt dabei eine Fortführung und Ergänzung, der im Rahmen des Projekts „Demokratieakzeptanz und Partizipation von Geflüchteten“ (DePaGe) veröffentlichten Masterarbeiten, dar. Dieses Forschungsprojekt wird von Prof. Dr. Sonja Haug geleitet und ist an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg verortet und eingebettet in den Forschungsverbund ForDemocracy.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurden leitfadengestützte Expert\*inneninterviews mit sechs Politiker\*innen durchgeführt, die insbesondere auf der kommunalpolitischen Ebene aktiv sind. Die Auswertung zeigt, dass die Herausforderungen, die von den Politiker\*innen benannt werden, sich auf die gesellschaftliche sowie die politische Ebene beziehen. Auch die Veränderungsmöglichkeiten, die zu einer besseren politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund benannt werden, beziehen sich vornehmlich auf diese beiden Ebenen. Hinsichtlich der Geschlechtsperspektive werden, insbesondere von den befragten Frauen, Herausforderungen und Veränderungsmöglichkeiten im Bezug zu deren politischer Partizipation benannt. Dabei zeigt sich, dass die politische Partizipation für Frauen mit Migrationshintergrund mit deutlichen Hürden verbunden ist und eine Ähnlichkeit zu Herausforderungen, die Frauen ohne mit Migrationshintergrund im politischen Kontext betreffen, erkennbar ist.

## **Inhaltsverzeichnis**

|   |    |
|---|----|
| Zusammenfassung.....  | 3  |
| Tabellenverzeichnis .....   | 6  |
| 1 Einleitung.....   | 7  |
| I Theoretische Grundlagen .....   | 9  |
| 2 Einführung zentraler Begriffe .....   | 9  |
| 2.1 Migration, Migrant*in, Ausländer*in und Migrationshintergrund.....                                    | 9  |
| 2.1.1 Rechtliche Grundlagen der politischen Partizipation von Menschen mit<br>Migrationshintergrund ..... | 11 |
| 2.2 Politische Partizipation .....  | 12 |
| 3 Forschungsstand.....  | 14 |
| 3.1 Repräsentation in Parteien und Parlamenten .....  | 15 |
| 3.2 Gründe für geringere politische Partizipation von Menschen mit<br>Migrationshintergrund .....         | 17 |
| 3.3 Politische Partizipation von Frauen in Deutschland .....  | 18 |
| 3.4 Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund .....                                   | 20 |
| 4 Fragestellung .....   | 22 |
| II Empirische Untersuchung.....   | 23 |
| 5 Einführung zu angewendeten Forschungsmethoden.....  | 23 |
| 5.1 Erhebungsmethode: Expert*inneninterview als Leitfadeninterview .....                                  | 23 |
| 5.1.1 Auswahl der Stichprobe.....   | 23 |
| 5.1.2 Erstellung des Leitfadens.....  | 25 |
| 5.2 Auswertungsmethode: Qualitative Inhaltsanalyse.....   | 25 |
| 6 Ergebnisse der qualitativen Erhebung.....   | 27 |
| 6.1 Einführung des Kategoriensystems .....  | 28 |
| 6.1.1 Politische Partizipation und Migrationshintergrund .....  | 29 |
| 6.1.2 Interesse an Politik und Weg in die Politik .....   | 37 |
| 6.1.3 Veränderungsmöglichkeiten.....  | 39 |
| 6.1.4 Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund .....                                 | 43 |

|     |  |    |
|-----|--|----|
| 7   | Diskussion der Ergebnisse .....  | 48 |
| 7.1 | Herausforderungen hinsichtlich der politischen Partizipation .....         | 48 |
| 7.2 | Veränderungsmöglichkeiten zur Förderung der politischen Partizipation..... | 53 |
| 7.3 | Geschlechtsspezifische Perspektive .....                                   | 56 |
| 7.4 | Limitation der Forschungsarbeit.....                                       | 60 |
| 8   | Fazit und Ausblick.....  | 61 |
|     | Literaturverzeichnis .....   | 65 |

## **Tabellenverzeichnis**

|   |    |
|---|----|
| Tabelle 1: Stichprobe der qualitativen Forschung.....   | 25 |
| Tabelle 2: Anzahl der codierten Textstellen entlang der Hauptkategorien.....  | 29 |
| Tabelle 3: Anzahl der codierten Textstellen in der Hauptkategorie: Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund..... | 43 |

## 1 Einleitung

Durch mediale Berichterstattung gewann die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund vor allem in den letzten Jahren an Aufmerksamkeit. Mit Blick auf die Zahlen wird deutlich, dass die Personengruppe der Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen der politischen Gremien deutlich unterrepräsentiert ist. Von 335 Bürgermeister\*innen in Deutschland, weisen lediglich fünf einen Migrationshintergrund auf, was 1,5% entspricht (Stand Oktober 2020) (vgl. Mediendienst Integration 2020).

In Deutschland lebten im Jahr 2019 21,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, was einem Anteil von 26,0% an der Gesamtbevölkerung entsprach, somit wies jede vierte Person, die in Deutschland lebte, einen Migrationshintergrund auf (vgl. Statistisches Bundesamt 2020a, S. 36 f.). Doch mit Blick auf den politischen Kontext fällt schnell auf, dass Mandatsträger\*innen mit Migrationshintergrund in den unterschiedlichsten Gremien nicht dem oben benannten Anteil entsprechend vertreten sind, was die Stadt- und Landesparlamente in besonderer Weise betrifft (vgl. Kapitel 3.1). Auf Bundesebene wiesen 8% der bei der Bundestagswahl 2017 gewählten Bundestagsabgeordneten einen Migrationshintergrund auf, was bei weitem nicht dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland entspricht (vgl. Mediendienst Integration 2017).

In diversen Zeitungsartikeln beziehungsweise Interviews mit Abgeordneten mit Migrationshintergrund werden Probleme deutlich, mit denen sich Menschen mit Migrationshintergrund in der deutschen Politik konfrontiert sehen. Beispielsweise hat in Wallerstein ein muslimischer CSU Politiker mit regionaler Unterstützung, um das Amt des Bürgermeisters kandidieren wollen, von der CSU-Basis wurde dieses Vorhaben deutlich kritisiert, sodass dieser schlussendlich nicht kandidierte (vgl. Fuchs et al. 2020). In Folge deutlicher Kritik anderer Parteien bezüglich dieses Vorfalls, erhielt ein ebenfalls muslimischer CSU-Bürgermeisterkandidat die umfassende Unterstützung seiner Partei und konnte deswegen tatsächlich bei der Kommunalwahl 2020 als Bürgermeisterkandidat in Neufahrn (bei Freising) antreten (vgl. BR 24 2020). Dies erfolgte zeitlich nach dem zuvor beschriebenen Fall in Wallerstein. Es zeigt sich, dass die Kandidatur von Politiker\*innen mit Migrationshintergrund mit einem großen medialen Aufsehen einhergeht und das Thema ihrer Herkunft und Religion im öffentlichen Fokus steht.

Dabei stellen die politische Unterrepräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten und die Gründe hierfür eine aus gesellschaftlicher sowie wissenschaftlicher Perspektive relevante Thematik dar, weswegen die politische Partizipation von Menschen

mit Migrationshintergrund im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht. Im Rahmen von Expert\*inneninterviews sollen die subjektiven Erfahrungen von Abgeordneten mit Migrationshintergrund aufgegriffen werden, um die aktuellen Herausforderungen aufzeigen zu können und mögliche Veränderungen zu benennen, die es bedarf, um diese Problematik verbessern zu können. Ebenso soll die geschlechtsspezifische Perspektive im Rahmen dieser Forschungsarbeit berücksichtigt werden, um mögliche Unterschiede aufzeigen zu können.

Die vorliegende Masterarbeit ist im Rahmen des Forschungsprojekts „Demokratieakzeptanz und Partizipation von Geflüchteten“ (DePaGe) (Leitung Prof. Dr. Sonja Haug), das in den Forschungsverbund ForDemocracy eingebettet und an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg verortet ist, entstanden. Diese Masterarbeit ist eine Fortführung und Ergänzung zu bereits im Rahmen des Projekts entstandenen Abschlussarbeiten, welche die politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund (vgl. Gutmann 2019), Einflussfaktoren und Veränderungsmöglichkeiten der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Lehnerer 2020) sowie die Vermittlung von politischen Partizipationsmöglichkeiten durch die Orientierungskurse des BAMF (vgl. Metrina 2020), thematisieren. In weiteren Publikationen des Forschungsprojekts werden die Messung von Integration auf kommunaler Ebene (vgl. Haug/Schmidbauer 2020) sowie die Partizipationsmöglichkeiten und die Vermittlung dieser hinsichtlich der Personengruppe der Geflüchteten aufgegriffen (vgl. Schmidbauer/Haug i.E.).

Zu Beginn dieser Arbeit werden die zentralen Begriffe definiert, voneinander abgegrenzt und im gesellschaftlichen Kontext verortet. Im Anschluss wird der Forschungsstand bezüglich der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund dargestellt. Im zweiten Teil steht die qualitative Erhebung und Auswertung der im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten leitfadengestützten Expert\*inneninterviews im Fokus. Zur Auswertung der Interviews wird die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz angewendet. Anschließend werden die Ergebnisse entlang der Kategorien aufgeführt und diskutiert.



## **I Theoretische Grundlagen**

### **2 Einführung zentraler Begriffe**

Nachfolgend werden die für die vorliegende Arbeit relevanten Begriffe definiert und verortet, um die theoretischen Informationen einzuführen, die im weiteren Verlauf relevant sind.

#### **2.1 Migration, Migrant\*in, Ausländer\*in und Migrationshintergrund**

Im deutschen Sprachgebrauch werden die Begriffe Migration, Ausländer\*in, Migrant\*in und Mensch mit Migrationshintergrund häufig synonym verwendet, was mit einer inhaltlichen Unschärfe einhergeht. Im Rahmen dieser Forschungsarbeit werden diese zentralen Begriffe genau definiert, um diese möglichst trennscharf voneinander abzugrenzen.

##### Migration

Migration ist ein seit langem bekanntes Phänomen, Menschen verlassen dabei ihre gewohnte Wohnumgebung mit dem Ziel beziehungsweise der Motivation ihre Lebensbedingungen zu sichern oder aber auch zu verbessern (vgl. Heckmann 2015, S. 22). Heckmann beschreibt internationale Migration „als Oberbegriff, als allgemeine Kategorie, die den Wechsel des Lebensmittelpunktes von Personen über internationale Grenzen bezeichnet“ (Heckmann 2015, S. 23). Dieses Verständnis von Migration schließt dabei sowohl das Verlassen des Heimatlandes, das Auswandern sowie auch den Prozess des Einwanderens ein.

##### Migrant\*in

Das Verständnis der United Nations sowie der International Organization for Migration (IOM) schließt an die Einführungen zum Begriff Migration an. Es muss hinsichtlich der Definition zum Begriff Migrant\*in an dieser Stelle betont werden, dass es auf internationaler Ebene keine universell gültige Definition gibt (vgl. International Organization for Migration 2019, S.132). Zum Personenkreis der Migrant\*innen gehören nach dem Verständnis der United Nations sowie der Organization for Migration alle Menschen, die ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort innerhalb eines Staates oder über die Staatsgrenzen hinaus verlassen. Für das Verlassen des gewöhnlichen Aufenthaltsortes kann es vielfältige Gründe geben, die zu einem dauerhaften oder zeitlich begrenzten Verlassen führen (vgl. International Organization for Migration 2019, S.132; United Nations 2020). Entsprechend dieser Definitionen wird der Begriff Migrant\*in in der vorliegenden Arbeit für alle Menschen verwendet, die ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort an einen anderen Ort verlagern.

### Ausländer\*in

Von dem Begriff Migrant\*in ist der Begriff Ausländer\*in abzugrenzen. An dieser Stelle wird hierbei auf eine gesetzliche Definition zurückgegriffen, welche lediglich zwischen Deutschen und Ausländer\*innen unterscheidet. Dabei ist jede Person Ausländer\*in, die entsprechend des Paragraph 2 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes in Verbindung mit Artikel 116 des Grundgesetzes nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügt (vgl. §2 Abs. 1 AufenthG i.V.m. Art. 116 GG). Entsprechend dieser gesetzlichen Definition wird der Begriff Ausländer\*in in der vorliegenden Arbeit für Personen genutzt, die sich in Deutschland aufhalten, aber nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen.

### Menschen mit Migrationshintergrund

Der Begriff Migrationshintergrund ist in der sozialwissenschaftlichen Praxis gängig. Im Zusammenhang dieser Arbeit wird auf die Definition des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen. „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde“ (Statistisches Bundesamt 2020b). Diesem Verständnis folgend, gibt es unterschiedliche Möglichkeiten zum Vorliegen eines Migrationshintergrundes. Die Personengruppe der Menschen mit Migrationshintergrund umfasst dabei (nicht) zugewanderte Ausländer\*innen, (nicht) zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedler\*innen, Menschen, die durch Adoption die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund eines deutschen Elternteils erwerben, sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen, der zuvor benannten Gruppen (vgl. Statistisches Bundesamt 2018, S. 4). Von der Personengruppe mit Migrationshintergrund sind Vertriebene des Zweiten Weltkriegs und deren Nachkommen ausgeschlossen (vgl. Statistisches Bundesamt 2018, S. 4). Diese in Deutschland im sozialwissenschaftlichen Kontext gängige Definition zum Migrationshintergrund wird auch in der vorliegenden Arbeit angewendet.

Im Jahr 2019 lebten auf Grundlage des Mikrozensus 2019 insgesamt 81,8 Millionen Menschen in Deutschland, davon hatten 60,6 Millionen Menschen (74,0%) keinen Migrationshintergrund und 21,2 Millionen Menschen (26,0%), die in Deutschland lebten wiesen einen Migrationshintergrund auf. Im Mikrozensus 2020 ist die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund unterteilt in Ausländer\*innen (10,1 Millionen Menschen) und Deutsche (11,1 Millionen Menschen) (vgl. Statistisches Bundesamt 2020a, S. 36 f.).

### **2.1.1 Rechtliche Grundlagen der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund**

Im Zusammenhang zur politischen Partizipation sind insbesondere die rechtlichen Grundlagen von Relevanz, welche die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund einschränken und regulieren. Die Staatsangehörigkeit strukturiert im Kontext der politischen Partizipation, welche Partizipationsmöglichkeiten Menschen mit Migrationshintergrund offenstehen (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 11). „Grundgesetz, Landesverfassungen und Gemeindeordnungen enthalten in vielen Regelungen die Unterscheidung von ‚Einwohnern‘ und ‚Bürgern‘“ (Roth 2018, S. 635). Damit geht einher, dass Ausländer\*innen auf den verschiedensten Ebenen der politischen Partizipation hinsichtlich der politischen Teilhabe eingeschränkt werden (vgl. Roth 2018, S. 635).

Daraus leiten sich die nachfolgenden Rechte für Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ab. Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können aus rechtlicher Sicht uneingeschränkt politisch partizipieren (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 11). In Deutschland sind im Unterschied dazu Ausländer\*innen vom Wahlrecht ausgeschlossen (vgl. Cyrus 2005, S.17; Müssig/Worbs 2012, S. 11; Wilmes 2018). Bürger\*innen der Europäischen Union, die in Deutschland leben und nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, sind insofern privilegiert, da sie an den Kommunal- sowie Europawahlen an ihrem Wohnort teilnehmen und kandidieren dürfen (vgl. Cyrus 2005, S. 17; Müssig/Worbs 2012, S. 11; Wilmes 2018). Dieses aktive sowie passive Wahlrecht wurde Bürger\*innen der Europäischen Union 1992 im Rahmen des Maastrichter Vertrages zugesprochen, was mit einer Grundgesetzänderung in Deutschland einherging (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 11). Ausländer\*innen aus Drittstaaten sind in Deutschland sowohl vom aktiven sowie passiven Wahlrecht ausgeschlossen (vgl. Cyrus 2005, S. 17). Hinzu kommt, dass die Teilnahme an direktdemokratischen Partizipationsformen, wie den sogenannten „Bürgerentscheiden“ an die Wahlberechtigung auf der jeweiligen Ebene gekoppelt ist, was einen Ausschluss dieser Personengruppe von Entscheidungen zu Sachverhalten bedeutet, die auch sie betreffen (vgl. Roth 2018, S. 635).

Dennoch stehen Ausländer\*innen in Deutschland andere Formen der politischen Partizipation zu. Obwohl die Versammlungsfreiheit sowie die Vereinsfreiheit laut dem Grundgesetz nur Deutschen erlaubt sind (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 12), werden Ausländer\*innen einfachgesetzlich durch Vorschriften im Vereinsgesetz sowie Versammlungsgesetz den Deutschen hinsichtlich der Vereinsfreiheit und Versammlungsfreiheit gleichgesetzt (vgl. Bergmann et al. 2020, Rn 2; Müssig/Worbs 2013, S. 12). Aus diesen rechtlichen Grundlagen können weitere politische Partizipationsformen von Ausländer\*innen in Deutschland abgeleitet werden, beispielsweise

die freie Meinungsäußerung sowie die Demonstrationsteilnahme (vgl. Wiedemann 2006, S. 265; Sauer 2016, S. 258).

Eine weitere Partizipationsform, in Bezug auf Ausländer\*innen, stellen die Ausländer(bei)räte beziehungsweise Integrations(bei)räte dar. Der Aufbau und die Funktion des Ausländerbeirates ist nach Wilmes (2018) abhängig von verschiedenen Regelungen der Länder und Kommunen und zeichnet sich insbesondere durch eine beratende Funktion hinsichtlich migrationspezifischer Themen aus. Eine positive Veränderung geht laut Wilmes mit der Umgestaltung dieser Ausländerbeiräte zu Integrationsräten und Integrationsbeiräten einher, die sich durch eine stärkere Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse auszeichnen.

Da Menschen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit alle in Deutschland gängigen Partizipationsformen wahrnehmen können, ist in diesem Themenfeld die Einbürgerung von Ausländer\*innen relevant. Dabei ist insbesondere die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG), die 2000 in Kraft getreten ist, von Bedeutung, da das bis dahin gültige Abstammungsprinzip „ius sanguinis“ durch das Territorialprinzip „ius soli“ ergänzt wurde (vgl. Wüst/Faas 2018, S. 5). Damit geht einher, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit unter bestimmten Voraussetzungen erwerben können (vgl. §4 StAG). Eine weitere Möglichkeit für Ausländer\*innen ihre politische Partizipation in Deutschland uneingeschränkt auszuüben, stellt die Einbürgerung dar.

Dementsprechend gibt es in Deutschland verschiedenste Formen der politischen Partizipation, die sich in Abhängigkeit des rechtlichen Status stark unterscheiden, sodass sich die Partizipationsmöglichkeiten von Ausländer\*innen aus der Europäischen Union beziehungsweise aus Drittstaaten unterscheiden.

## **2.2 Politische Partizipation**

Unterschiedlichste Publikationen zum Thema zeigen, dass der Begriff der politischen Partizipation hinsichtlich seiner Definition und konkreter Inhalte in der Diskussion steht (vgl. Schöttle 2019, S. 27). Ein großer Teil der empirischen Arbeiten im deutschen Sprachraum stützt sich dabei auf die Definition politischer Partizipation nach Max Kaase (vgl. van Deth 2009, S. 143; Müssig/Worbs 2012, S. 11; Müssig 2020, S. 25; Sauer 2016, S. 256; Hunger/Candan 2009, S.4). Demnach umfasst politische Partizipation „alle Tätigkeiten [...] die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1995, S. 521). Man spricht hierbei von einem instrumentellen Partizipationsbegriff, der sich durch vier zentrale Merkmale kennzeichnet (vgl. van Deth 2009, 143f.): Erstens

steht die Rolle des Menschen als Bürger\*in im Fokus und nicht die Tätigkeit eines Menschen als Politiker\*in. Zweitens beschreibt diese Definition, dass politische Partizipation eine aktive Tätigkeit ist, womit einhergeht, dass das bloße Interesse an der Politik nicht unter dem Begriff der politischen Partizipation gefasst wird. Das politische Interesse kann der politischen Partizipation aber vorgeschaltet sein (vgl. Schöttle 2019, S. 28). Drittens wird politische Partizipation als freiwillige Aktivität charakterisiert im Gegensatz zu von Gesetzen oder einer Autorität als Pflicht auferlegten Handlungen. Viertens bezieht sich der instrumentelle Partizipationsbegriff auf ein weites Verständnis von Regierung und Politik, womit einhergeht, dass nicht nur spezifische Formen, Ebenen oder Bereiche des politischen Systems relevant sind.

### Formen politischer Partizipation

Zum Repertoire der politischen Partizipation zählen beispielsweise Wählen, Wahlkampfaktivitäten, Parteimitgliedschaft, und –aktivität, Demonstrieren, das Kontaktieren von Behörden und Politiker\*innen, online Partizipationsformen und viele weitere. Van Deth beschreibt, dass bei einer groben Klassifizierung der Partizipationsformen, die in unterschiedlichen Forschungsarbeiten benannt werden, mehr als 70 Partizipationsformen unterschieden werden können (vgl. van Deth 2009, S. 146).

### Bedeutung politischer Partizipation im gesellschaftlichen Kontext

Van Deth beschreibt, dass politische Partizipation ein wichtiger Bestandteil der Demokratie ist, denn: „Ohne politische Partizipation wäre eine Demokratie unvorstellbar, da sich Demokratie auf das Regieren durch die Bürger bezieht“ (van Deth 2009, S. 141). Daraus ergibt sich, dass die politische Partizipation für das Funktionieren und Fortbestehen einer Demokratie von größter Bedeutung ist (vgl. Sauer 2016, S. 256; van Deth 2009, S. 142) und ein Mangel an politischer Partizipation sich destruktiv auf die Demokratie auswirkt (vgl. van Deth 2009, S. 141). Daraus ergibt sich, dass politische Partizipation für die Gesellschaft sowie auch für die Individuen von größter Relevanz ist. Diese Relevanz und die Verbindung zwischen Demokratie und politischer Partizipation zeigt sich auch in der Verankerung im Grundgesetz, denn in Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es, dass Deutschland ein demokratischer Bundesstaat ist und alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht, beispielsweise mittels Wahlen (vgl. Art. 20 GG).

Politische Partizipation betont in der Traditionslinie nach Aristoteles und Platon außerdem, dass die Aktivitäten durch Entwicklungsmöglichkeiten und einen selbstverwirklichenden Charakter geprägt sind. Daraus ergibt sich ein Verständnis politischer Partizipation, das diese als einen zentralen Bestandteil des sozialen Lebens versteht (vgl. van Deth 2009, S. 143).

### Einflussfaktoren auf Art und Umfang politischer Partizipation

In empirischen Studien zeigte sich, dass unterschiedliche Ressourcen, Motivationen und Rekrutierungsoptionen einen Einfluss auf die Art und den Umfang politischer Partizipation haben (Verba et al. 1995). Zu Ressourcen zählen insbesondere die (Schul-) Bildung, der Verdienst oder die gesellschaftliche Position. Ein zentraler Einflussfaktor auf die Motivation politisch aktiv zu werden, stellt das politische Selbstvertrauen („efficacy“) dar (vgl. Reef/Knoke 1999, S. 414; van Deth 2009, S. 153; Müssig/Worbs 2012, S. 21). Bürger\*innen, die mehr politisches Selbstvertrauen aufweisen schätzen ihre „Einflussmöglichkeiten höher ein („internal efficacy“) und betrachten das politische System als zugänglich für die eigenen Aktivitäten („external efficacy“)“ (van Deth 2009, S. 153 f.). Internal efficacy beschreibt, dass Personen politische Zusammenhänge richtig einschätzen und ihr Verhalten so gesteuert wird, dass dies einen politische Einfluss nach sich zieht (vgl. Niemi et al. 1991, S. 1407 f.). Daraus ergibt sich, dass mit der internal efficacy persönliche Faktoren wie beispielsweise das Interesse für Politik positiv korrelieren (vgl. Niemi et al. 1991, S. 1409 ff.; Schöttle 2019, S. 53). Die external efficacy beschreibt im Unterschied dazu, dass Bürger\*innen davon überzeugt sind, dass von Seiten der Behörden beziehungsweise der Institutionen die Forderungen der Bürger\*innen berücksichtigt werden (vgl. Niemi et al. 1991, S. 1407 f.; Schöttle 2019, S. 54). Die external efficacy steht aufgrund dessen im Zusammenhang mit dem Vertrauen, welches Bürger\*innen gegenüber den Abgeordneten und dem politischen System vorweisen (vgl. Niemi et al. 1991, S. 1409 ff.; Schöttle 2019, S. 54).

Dementsprechend bieten das Zusammenspiel aus Kontext, Ressourcenausstattung sowie politischer Orientierung einen Erklärungsansatz für die unterschiedliche Ausprägung der politischen Partizipation der Bürger\*innen (vgl. van Deth 2009, S. 154). Aufgrund dessen kann eine ungleiche Verteilung von Ressourcen, Absichten sowie Anreizen politisch zu partizipieren eine ungleiche Nutzung der Partizipationsformen zur Folge haben (vgl. van Deth 2009, S. 155).

Politische Partizipation ist wie dieses Kapitel zeigt ein umfassender Begriff beziehungsweise ein umfassendes Themenfeld und ist insbesondere für das Fortbestehen der Demokratie von Bedeutung. Für die vorliegende Arbeit ist insbesondere die Mitarbeit in Parteien und Parlamenten relevant.

### **3 Forschungsstand**

Der Forschungsstand bezüglich der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund wandelte sich in den letzten 20 Jahren stark und fand zunehmend Beachtung, was sich auch in der zunehmenden Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten zu diesem Thema widerspiegelt.

Nachfolgend wird der Forschungsstand in einzelne Themenfelder unterteilt, um ein allumfängliches Bild zeichnen zu können. An dieser Stelle muss darauf verwiesen werden, dass sich der in den nächsten Kapiteln systematisch dargestellte Forschungsstand auf wissenschaftliche Erkenntnisse bezieht, die für diese Arbeit von besonderer Relevanz sind.

### **3.1 Repräsentation in Parteien und Parlamenten**

Hinsichtlich der Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in Parteien und Parlamenten müssen die unterschiedlichen Parlamentsebenen (Bundestag, Landesparlament, kommunale Parlamente) berücksichtigt werden.

Die Situation der Ratsmitglieder in deutschen Großstädten wurde für die Jahre 2001-2011, in einer von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen und durch das Max-Planck-Institut durchgeführten Studie, aufgearbeitet und umfasst damit zwei Kommunalwahlen und stützt sich auf die Auswertung der Listen der Kandidat\*innen und der Gewählten, auf standardisierte schriftliche Befragungen sowie auf 29 persönliche Interviews mit Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 20 f.). Ein Ergebnis von Schönwälder et al. ist, dass die Mitarbeit in einem Ausländer- beziehungsweise Integrationsbeirat mit dem Karriereweg zum Stadtratsmandat positiv korreliert, da 35% der Befragten angaben sich zuvor in diesem Bereich engagiert zu haben. Ebenso zeigen Schönwälder et al., dass viele Befragte zudem ein Engagement in Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen angaben und lediglich 12% der Befragten bereits in ihrem Herkunftsland politisch aktiv waren. Zwei Drittel der befragten Ratsmitglieder übernahmen vor ihrer Wahl andere politische Ämter innerhalb der Partei. Die Befragten gaben außerdem an, dass die Parteien mit wachsendem Interesse Menschen mit Migrationshintergrund als Kandidat\*innen für die Aufstellung gewinnen möchten. Dabei weisen Schönwälder et al. darauf hin, dass das Aufstellen eines\*r Kandidat\*in mit Migrationshintergrund von den Befragten einerseits als Bonus verstanden wurde, andererseits Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund oft nur auf hinteren Plätzen aufgestellt wurden und eine solche Aufstellung lediglich einen symbolischen Charakter erfüllte (vgl. Schönwälder et al. 2011, S.49 f.). Diese Ergebnisse zeigen, wie Menschen mit Migrationshintergrund auf politischer Ebene in die Parteimitarbeit eingebunden sind und welche biographischen Hintergründe die Parteimitarbeit und die Wahl zum Ratsmitglied begünstigen.

Bezüglich der Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in Parlamenten, zeigen Schönwälder et al., dass in Großstädten eine Zunahme an Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund verzeichnet wurde, denn in 52 Großstädten gab es 2006 mindestens ein Ratsmitglied mit

Migrationshintergrund, im Jahr 2011 war dies bereits bei 62 Großstädten der Fall. Ebenso stieg im selben Zeitraum die Zahl der gewählten Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund von 116 auf 198. Trotz dieses Zuwachses zeigen Schönwälder et al., dass lediglich 4% der in Deutschland gewählten Ratsmitglieder einen Migrationshintergrund hatten, was nicht der Vielfalt der städtischen Gesellschaft entsprach und in keiner Großstadt dem prozentualen Bevölkerungsanteil dieser Personengruppe entsprach (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 23).

Auch hinsichtlich der Parteizugehörigkeit der Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund im Verhältnis zur Anzahl der gesamten Ratsmitglieder der Parteien gab es Unterschiede, wobei Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen mit jeweils 8% den höchsten und die CDU/CSU sowie die FDP mit jeweils 2% den geringsten Anteil an Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund aufwiesen (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 34). Dennoch „gilt für alle Parteien, dass die Mehrheit ihrer Ratsfraktionen keine Mitglieder mit Migrationshintergrund haben“ (Schönwälder et al. 2011, S. 35).

Für die Landesparlamente zeichnete sich ein ähnliches Bild ab, sodass Abgeordnete mit Migrationshintergrund auch dort selten vertreten waren. Lokschin greift auf die Daten des Integrationsmonitoring 2015 zurück und stellt dar, dass 2015 der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Länderparlamenten bei 4,5% lag, was 83 Abgeordneten entsprach. Im Vergleich dazu wiesen nach Lokschin 2005 lediglich 1,5% der Abgeordneten in den Länderparlamenten einen Migrationshintergrund auf, was 26 Abgeordneten entsprach (vgl. Lokschin 2018, S. 122).

Der Mediendienst Integration erfasste für den 2009, 2013 sowie 2017 gewählten Bundestag jeweils die Abgeordneten mit Migrationshintergrund (vgl. Mediendienst Integration 2013; Mediendienst Integration 2017; Lokschin 2018, S. 122 f.). Dabei bestand der Bundestag 2009-2013 aus insgesamt 622 Abgeordneten, von denen 21 Abgeordnete einen Migrationshintergrund aufwiesen, was 3,4% der Abgeordneten entsprach (vgl. Mediendienst Integration 2013; Lokschin 2018, S.122 f.). Bezüglich des 2017 gewählten Bundestages steigerten sich diese Zahlen, sodass 57 der 709 Bundestagsabgeordneten über einen Migrationshintergrund verfügen, was einem Anteil von 8,0% entspricht (vgl. Mediendienst Integration 2017). Dabei weist die SPD mit 9,8% (15 Abgeordnete) die meisten und die Unionsparteien CDU/CSU mit 2,9% (7 Abgeordnete) die wenigsten Abgeordneten mit Migrationshintergrund auf (vgl. Mediendienst Integration 2017).

Die Zahlen belegen deutlich, dass auf Kommunal-, Landes- beziehungsweise Bundesebene die Abgeordneten in den Parlamenten nicht den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund



an der Gesellschaft widerspiegeln. Denn der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund gemessen an der Gesamtbevölkerung entspricht 26,0% (21,2 Millionen Menschen) (vgl. Statistisches Bundesamt 2020a, S. 36 f.). Dementsprechend sind Menschen mit Migrationshintergrund auf den unterschiedlichsten Ebenen der Parlamente deutlich unterrepräsentiert.

### **3.2 Gründe für geringere politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund**

Hinsichtlich der Gründe für eine geringe politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund müssen erneut die verschiedensten Partizipationsformen berücksichtigt werden, da diesen unterschiedlichste Reglementierungen zugrunde liegen.

Allgemein gilt es, die rechtlichen Grundlagen als Einflussfaktor für eine geringe politische Partizipation zu berücksichtigen, da in Deutschland nur Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit an Wahlen teilnehmen dürfen, beziehungsweise auf kommunaler Ebene auch Bürger\*innen aus EU-Staaten (vgl. Kapitel 2.1.1). Dies spiegelt sich auch in den Auswertungen von Blätte hinsichtlich der Bundestagswahl 2013 wider, denn in ganz Deutschland lebten mehr als 16,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, was 20,0% an der Gesamtbevölkerung entsprach. Nach Blätte waren zu diesem Zeitpunkt aber lediglich 5,8 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund wahlberechtigt, was lediglich 9,4% aller Wahlberechtigten entsprach (vgl. Blätte 2015, S. 216).

Weiterhin gibt es in Deutschland Barrieren hinsichtlich der aktiven Parteimitarbeit beziehungsweise der Übernahme eines Mandates in einem Parlament. Die Parteien agieren in diesem Kontext als gate keeper und haben einen entscheidenden Einfluss darauf, welche Personen auf welcher Position der Wahlliste nominiert werden (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 60; Wüst 2011, S. 120). Damit geht auch eine unterschiedliche Offenheit der verschiedenen Parteien hinsichtlich der Parteimitarbeit sowie dem Interesse an der Personengruppe der Menschen mit Migrationshintergrund einher (vgl. Wüst 2011, S. 129). Dies zeigt sich auch darin, dass die verschiedenen Parteien unterschiedliche Voraussetzungen hinsichtlich der Parteimitgliedschaft aufweisen, denn bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP sowie den Linken gibt es keine Beschränkungen für die Mitgliedschaft in der Partei (vgl. Lokschin 2018, S. 124; FDP 2019, S. 3). Die Parteimitgliedschaft in der CDU/CSU ist ohne Beschränkungen nur für Deutsche beziehungsweise EU-Ausländer\*innen möglich, Ausländer\*innen aus Drittstaaten müssen mindestens seit einem Jahr (CDU) beziehungsweise seit drei Jahren (CSU) in Deutschland wohnhaft sein, um Mitglied

der Partei werden zu können (ausgenommen EU-Ausländer\*innen) (vgl. CDU 2020; CSU 2019, S. 7).

Neben diesen rechtlichen beziehungsweise parteistrukturellen Hürden gibt es weitere Gründe, die eine geringere politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund bedingen. Sauer führt dies auf demografische und soziale Faktoren zurück, die einen Einfluss auf die direkte sowie indirekte politische Partizipation haben (vgl. Sauer 2016, S. 274). Der niedrige Altersdurchschnitt, ein niedriges Bildungsniveau, eine geringere Arbeitsmarktteilhabe sowie ein niedrigeres Einkommen sind soziale Faktoren, die ein geringeres politisches Interesse und Engagement bei der Personengruppe der Migrant\*innen bedingen (vgl. Sauer 2016, S. 274; Cyrus/Vogel 2008, S. 35). Ebenso muss auf geschlechtsspezifische Unterschiede verwiesen werden, die mit einer geringeren politischen Partizipation einhergehen (vgl. Kapitel 3.3 und 3.4). Auf der individuellen Ebene sind zudem Faktoren, wie die Aufenthaltsdauer in Deutschland sowie die Staatsbürgerschaft von Relevanz, denn eine Integration im politischen Bereich erfordert Zeit, sowie die rechtliche Möglichkeit zu partizipieren (vgl. Sauer 2016, S. 274; Müssig/Worbs 2012, S. 42).

### **3.3 Politische Partizipation von Frauen in Deutschland**

Wie der in den vorherigen Kapiteln dargestellte Forschungsstand zeigt, nehmen Menschen mit Migrationshintergrund auf unterschiedlichen Ebenen nicht in gleichem Maß ihre Möglichkeiten der politischen Partizipation wahr. Ebenso stellen Frauen in Deutschland eine Personengruppe dar, die weniger aktiv politisch partizipiert als Männer. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede werden nachfolgend aufgegriffen, da die politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund ebenso Gegenstand der vorliegenden Forschungsarbeit sein soll.

Westle wertete ALLBUS-Daten aus dem Jahr 1998 quantitativ aus und betrachtete unterschiedliche Dimensionen, wobei zwischen parteibezogener Mitarbeit, nicht institutionalisierter Partizipation (beispielsweise Unterschriftensammlungen) und diskursiver Partizipation (beispielsweise öffentliche Diskussionen) unterschieden wurde (vgl. Westle 2001, S. 139). Ein zentrales Ergebnis der quantitativen Auswertungen von Westle ist, dass Frauen ein geringeres politisches Interesse hatten, was einen Einfluss auf die geringere politische Partizipation von Frauen hatte. Ebenso zeigte sich, dass Frauen sich als weniger kompetent im politischen Kontext einordneten, wobei dies einen hohen Einfluss auf die Partizipationsbereitschaft der Frauen hatte und diese einschränkte (vgl. Westle 2001, S. 149 ff.). Westle beschreibt außerdem, dass sich Alter, Bildung

und Erwerbstätigkeit auf das Interesse an der Politik sowie auf die subjektive politische Kompetenz auswirkten (vgl. Westle 2001, S. 158f.).

Als Gründe für eine geringere politische Partizipation von Frauen führte Westle institutionelle Hindernisse, die Atmosphäre in der Politik, sowie Vorbehalte und Diskriminierungen, die Frauen entgegengebracht wurden, an. Westle prognostiziert, dass ein gezielter Abbau von Unterschieden zwischen Frauen und Männern bezüglich deren Lebensführung und Aufgabenverteilung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Grundlage für eine Abnahme geschlechtsspezifischer Unterschiede im Bereich der politischen Partizipation sei (vgl. Westle 2001, S. 164 f.).

Nach wie vor sind Frauen insbesondere im Bereich der Parteimitarbeit und in kommunalen Parlamenten deutlich unterrepräsentiert. Eine Mixed Methods Studie von Kletzing und Lukoschat zeigt, dass die Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und politischem Mandat sowie die männlich geprägten Parteistrukturen als Herausforderung wahrgenommen wurden. Für die Übernahme eines politischen Amtes war nach Kletzing und Lukoschat die Unterstützung durch das soziale Umfeld von großer Bedeutung, denn 69% der befragten Stadt- und Gemeinderätinnen wurden von außen zur Übernahme eines politischen Amtes angestoßen (vgl. Kletzing/Lukoschat 2014, S. 8 f.).

Lukoschat und Bleschner befragten im Rahmen einer weiteren Forschungsarbeit je 30 Bürgermeister\*innen aus Ost- und Westdeutschland bezüglich der politischen Partizipation (vgl. Lukoschat/Bleschner 2014, S. 31). Durch die befragten Bürgermeisterinnen wurde geäußert, dass sie mit geschlechtsspezifischen Erwartungen konfrontiert wurden und ihr Privatleben sowie ihr Erscheinungsbild (Frisur, Kleidung) häufiger thematisiert wurde, als bei männlichen Kollegen (vgl. Lukoschat/Bleschner 2014, S. 59 ff.). Auch Lukoschat und Bleschner zeigen, dass die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Bürgermeisteramt als Herausforderung erlebt wurde und Frauen größere Selbstzweifel und Ängste bezüglich ihres Bürgermeisteramtes aufwiesen als männliche Kollegen (vgl. Lukoschat/Bleschner 2014, S. 57).

Ebenso lassen sich geschlechtsspezifische Gründe für eine Kandidatur unterscheiden, denn Frauen geben deutlich häufiger als Männer das Ziel der politischen Mitgestaltung des eigenen Lebensraums an und bei Männern überwiegt die Absicht durch ein Mandat Sozialprestige zu generieren (vgl. Holtkamp et al. 2013, S. 7). Hinsichtlich des Frauenanteils in Parlamenten auf Bundesebene, Landesebene und in Großstädten stieg der Anteil bis 1998, sodass zu diesem Zeitpunkt auf den zuvor genannten Parlamentsebenen ein Frauenanteil zwischen 30-33% erreicht

wurde und bewegt sich seither mit wenigen Ausreißern in diesem Bereich (vgl. Holtkamp et al. 2013, S. 9 f.).

Wie der Forschungsstand zeigt, sind Frauen in Deutschland hinsichtlich der politischen Partizipation weniger präsent als Männer, was mit unterschiedlichsten Herausforderungen und Gründen einhergeht. Nachfolgend sollen speziell Frauen mit Migrationshintergrund betrachtet werden. Nach dem bis hierher aufgegriffenen Forschungsstand besteht Grund für die Annahme, dass Frauen mit Migrationshintergrund in Bezug auf ihre politische Partizipation im doppelten Sinne marginalisiert sein könnten.

### **3.4 Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund**

Zur politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund ist der Forschungsstand wenig ausgeprägt und aufgrund dessen defizitär. Müssig und Worbs beschreiben, dass Frauen mit Migrationshintergrund seltener angeben wählen zu gehen sowie auch bei den nicht-elektoralen Partizipationsformen zu einem geringeren Prozentsatz aktiv sind als Männer mit Migrationshintergrund (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 33; S. 40). Ebenso besteht ein deutlicher Geschlechtsunterschied bezüglich ihres politischen Kompetenzbewusstseins, welches sie negativer einschätzen als Männer (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 25). Dieses Phänomen, dass Frauen sich hinsichtlich ihrer politischen Kompetenz weniger selbstbewusst zeigen als Männer, ist ein Muster, das sich bei allen Frauen in Deutschland wiederfindet (vgl. Westle 2001, S. 151).

Auch bei der Benennung einer Parteineigung geben Frauen mit Migrationshintergrund seltener eine Parteineigung an als Männer mit Migrationshintergrund (vgl. Wittlif/Litta 2016, S. 10). Hinsichtlich der politischen Partizipation als Ratsmitglied in einem kommunalen Parlament zeigen sich bei Frauen mit Migrationshintergrund andere Muster: „Migrantische Ratsmitglieder sind häufiger weiblich als nicht migrantische Ratsmitglieder“ (Schönwälder et al. 2011, S. 40). In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies für die Jahre 2006-2011, dass 40% der migrantischen Ratsmitglieder in Großstädten weiblich waren, im Unterschied dazu waren lediglich 33% aller Ratsmitglieder weiblich (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 40). Entgegen dieses positiven Trends zeichnet sich ein davon abweichendes Bild ab, wenn alle Kommunen in denen mehr als 20.000 Menschen leben betrachtet werden, denn der Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund an allen Kommunalpolitiker\*innen beträgt dann 0,99%, der Anteil der Männer mit Migrationshintergrund dagegen 1,80% (vgl. Hossain et al. 2016, S. 104). Diese Zahlen weisen deutlich daraufhin, dass Frauen deutlich seltener in den kommunalen Parlamenten vertreten sind als Männer.

Zusammenfassend gibt es dementsprechend Anzeichen für eine doppelte Benachteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund hinsichtlich der politischen Partizipation aufgrund des Geschlechts und ihrer Herkunft (vgl. Holtkamp et al. 2013, S. 23). In diesem Zusammenhang sind Bestrebungen von Parteien zu verzeichnen, diese beiden benachteiligten Gruppen in einer Person als Kandidatin aufzustellen, um damit zwei „Quoten“ zu verbessern (vgl. Roth 2018, S. 642; Holtkamp et al. 2013, S. 35). Roth benennt dieses Phänomen auch als „Strategie der Doppelquote“ (Roth 2018, S. 642). Aufgrund dieses Phänomens weisen einige Fraktionen in der Personengruppe der Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund einen höheren Frauenanteil auf als in der Gruppe der Ratsmitglieder ohne Migrationshintergrund (vgl. Roth 2018, S. 642; Holtkamp et al. 2013, S. 35).

#### **4 Fragestellung**

Der Forschungsstand verdeutlicht, dass das Spektrum der sozialwissenschaftlichen Forschungsarbeiten zum Thema der politischen Partizipation in den letzten Jahren zugenommen hat. Es zeigt sich, dass Menschen mit Migrationshintergrund oft weniger politisch partizipieren und sie insbesondere in den unterschiedlichsten politischen Gremien unterrepräsentiert sind (vgl. Kapitel 3).

Aus diesem Grund soll die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere bezüglich der Parteimitarbeit und dem Engagement in Parlamenten in dieser Arbeit fokussiert werden. Dabei scheinen insbesondere folgende Fragen von Relevanz zu sein:

- Welche Herausforderungen erleben Menschen mit Migrationshintergrund, bezüglich ihres Engagements in einer Partei oder einem Parlament?
- Wie kann sich die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund verändern beziehungsweise verbessern?
- Welche geschlechtsspezifischen Unterschiede erleben Abgeordnete mit Migrationshintergrund?

Um diese Fragen umfänglich beantworten zu können, wird nachfolgend in die qualitative Studie eingeführt, die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführt wird.

## **II Empirische Untersuchung**

### **5 Einführung zu angewendeten Forschungsmethoden**

#### **5.1 Erhebungsmethode: Expert\*inneninterview als Leitfadeninterview**

Für die qualitative Erhebung, die dieser Forschungsarbeit zugrunde liegt, soll die Methode des Expert\*inneninterviews genutzt werden. Das Expert\*inneninterview zeichnet aus, dass dieses Expert\*innenwissen generieren soll, das heißt mittels dieser Methode sollen praxis- und erfahrungsbezogene Informationen generiert werden (vgl. Helfferich 2019, S. 682). Expert\*innen kennzeichnet, dass diese hinsichtlich eines bestimmten gesellschaftlichen Bereichs über Informationen verfügen und der Expert\*innen Begriff relational gefasst ist (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010, S. 118). Durch dieses breite Verständnis des Expert\*innen Begriffs verliert dieser an Trennschärfe, weshalb Przyborski und Wohlrab-Sahr vorschlagen, dass Expert\*innen Personen sind, die „über ein spezifisches Rollenwissen verfügen, solches zugeschrieben bekommen und diese besondere Kompetenz für sich selbst in Anspruch nehmen“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010, S. 119). Personen können, dieser Definition folgend, aufgrund ihrer beruflichen Rolle oder zunehmend auch wegen ihres außerberuflichen Engagements als Expert\*innen adressiert werden (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010, S. 119; Helfferich 2019, S. 681). Für die Durchführung des Expert\*inneninterviews ist ein Leitfaden üblich, durch den das Interview eine stärkere Strukturierung aufweist (vgl. Helfferich 2019, S. 682; Meuser/Nagel 2013, S. 464).

Das Expert\*inneninterview ist entsprechend der vorherigen Erläuterungen dazu geeignet, Wissensbestände hinsichtlich Erfahrungen zu erfassen und bietet ebenso die Möglichkeit „Zugriff auf implizite Regeln, nach denen Wandel enacted und prozessiert, aber auch blockiert wird“ (Meuser/Nagel 2013, S. 468) zu erlangen. Dies begründet die Auswahl der Methode für die vorliegende Forschungsarbeit, da Personen mit Migrationshintergrund als Expert\*innen betrachtet werden und diese Personen aufgrund ihrer aktiven politischen Teilhabe außerdem über Wissen hinsichtlich impliziter Regeln und Erfahrungen in diesem Bereich verfügen.

##### **5.1.1 Auswahl der Stichprobe**

Vor der Durchführung eines Expert\*inneninterviews bedarf es einer Auswahl der zu befragenden Personen, welche sich an Kriterien orientiert (vgl. Friebertshäuser/Langer 2013, S. 450). In der vorliegenden Forschungsarbeit wird eine gezielte Stichprobenauswahl vorgenommen, die zuvor benennt welche Personen beziehungsweise Gruppen befragt werden sollen (vgl. Friebertshäuser/Langer 2013, S. 450).

Bei der Auswahl der Stichprobe wird die „Vorab-Festlegung“ nach Flick angewendet (vgl. Flick 2007, S. 154 ff.). Nach Flick folgt die Stichprobenfestlegung vorab festgelegten Kriterien, beispielsweise bezüglich des Geschlechts oder der Herkunft, sodass eine unter diesen Gesichtspunkten homogene Stichprobe gebildet wird. Die für die Stichprobenermittlung festgelegten Kriterien zeichnen sich laut Flick dadurch aus, dass diese bereits vor der Erhebung und Analyse bestimmt werden (vgl. Flick 2007, S. 155 f.).

Diese Vorgehensweise wird in der vorliegenden Forschungsarbeit unter der Berücksichtigung der Kriterien Geschlecht sowie Partei angewendet (siehe Tabelle 1). Ebenso wird festgelegt, dass alle Menschen, die befragt werden, einen Migrationshintergrund haben müssen. Insgesamt sind mittels eines standardisierten E-Mail Anschreibens 22 Politiker\*innen mit Migrationshintergrund der unterschiedlichen etablierten Parteien angeschrieben worden. Die Kontaktdaten konnten zumeist von persönlichen Webseiten oder der Webseite der Parteien erlangt werden. Aufgrund der kleinen Stichprobe sowie auch einer geringen Antwortquote sind in der Stichprobe nur Politiker\*innen aus drei Parteien vertreten, sodass eine ausgeglichene Verteilung hinsichtlich der Parteien nicht erreicht wird (siehe Tabelle 1).



**Tabelle 1: Stichprobe der qualitativen Forschung**

| Partei                | Geschlecht |          |
|-----------------------|------------|----------|
|                       | männlich   | weiblich |
| SPD                   | 1          | 3        |
| Bündnis 90/Die Grünen | 1          | -        |
| Sonstige              | 1          | -        |
| <b>Total</b>          | <b>3</b>   | <b>3</b> |

Darstellung der Stichprobe unter der Berücksichtigung des Geschlechts und der Parteien (eigene Darstellung).

### 5.1.2 Erstellung des Leitfadens

Ein Leitfaden findet in der qualitativen Forschung Anwendung, um das subjektive Empfinden der befragten Personen hinsichtlich der Stimulussituation beziehungsweise der Fragen zu erheben und die Befragten hinsichtlich des Forschungsinteresses zu lenken (vgl. Helfferich 2019, S. 679). Leitfadeninterviews sind in einem Spannungsverhältnis zwischen Offenheit und Strukturierung verortet, was es bei der Erstellung eines Leitfadens auch mit Blick auf das Forschungsinteresse zu berücksichtigen gilt (vgl. Kruse 2015, S. 204).

Für eine Strukturierung mittels eines Leitfadens spricht zum einen, dass zentrale Aspekte, die aufgrund des Forschungsinteresses von Relevanz sind, unabhängig davon thematisiert werden, ob die befragte Person diese auch ohne eine solche Frage thematisiert hätte (vgl. Helfferich 2019, S. 676). Zum anderen trägt ein strukturierter Leitfaden zur Vergleichbarkeit der Forschungsdaten hinsichtlich der Auswertung bei (vgl. Helfferich 2019, S. 676). Ebenso sollte der Leitfaden durch die Offenheit der Fragen geprägt sein und den Befragten die Möglichkeit geben ihre subjektiven Eindrücke zu thematisieren (vgl. Helfferich 2011, S. 180). Der Leitfaden wurde nach dem SPSS Prinzip<sup>1</sup> nach Helfferich erstellt (vgl. Helfferich 2011, S. 182 ff.). Nach diesem Modell ist der den Expert\*inneninterviews zugrunde liegende Leitfaden entstanden.

## 5.2 Auswertungsmethode: Qualitative Inhaltsanalyse

Die Auswertung eines leitfadengestützten Expert\*inneninterviews orientiert sich „an thematischen Einheiten, an inhaltlich zusammengehörigen, über die Texte verstreuten Passagen“

<sup>1</sup> Das SPSS Prinzip umfasst das **Sammeln**, **Prüfen**, **Sortieren** und **Subsumieren** von relevanten Fragen zur Erstellung eines Leitfadens (vgl. Helfferich 2011, 182-185).

(Meuser/Nagel 2013, S. 466). Aus diesem Grund empfiehlt sich für die Auswertung die Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse, welche als ein regelgeleitetes Verfahren beschrieben wird (vgl. Mayring/Fenzl 2019, S. 633). Ebenso zeichnet die qualitative Inhaltsanalyse die Kategoriengeleitetheit aus, wobei die Kategorien eine Kurzform, der in die Analyse einfließenden Aspekte, darstellen (vgl. Mayring/Fenzl 2019, S. 634).

Zur Auswertung der im Rahmen dieser Forschungsarbeit erhobenen Daten soll die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz angewendet werden, da diese insbesondere für leitfadenorientierte Interviews geeignet ist (vgl. Kuckartz 2018, S. 97 ff.). Diese Methode bietet die Möglichkeit das Datenmaterial entlang von Haupt- und Subkategorien zu strukturieren und auszuwerten.

Nachfolgend wird das von Kuckartz vorgeschlagene Vorgehen für die Auswertung mittels der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse beschrieben. Kuckartz schlägt „ein mehrstufiges System der Kategorienbildung und Codierung“ (Kuckartz 2018, S. 97) vor. Dabei können nach Kuckartz sowohl deduktiv generierte Kategorien, welche theoriegeleitet sind und auch aus dem Leitfaden abgeleitet werden, als auch induktiv generierte Kategorien, die aus dem Datenmaterial abgeleitet werden, Anwendung finden. Das im Verlauf der Forschung entstehende ausdifferenzierte Kategoriensystem kann dabei auch strukturgebend für den Forschungsbericht sein (vgl. Kuckartz 2018, S. 97).

Nach Kuckartz steht die Forschungsfrage beziehungsweise das Forschungsinteresse im Mittelpunkt der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Kuckartz 2018, S. 100). Zu Beginn schlägt Kuckartz eine enge Textarbeit, die das intensive Lesen und Markieren des Datenmaterials sowie das Vermerken von Auswertungsideen und Besonderheiten umfasst, vor, um anschließend im zweiten Schritt Hauptkategorien zu bilden, die zumeist aus der Forschungsfrage und dem während der Datenerhebung angewendeten Leitfaden abgeleitet werden und dementsprechend deduktiv sind. Ebenso können nach Kuckartz auch induktive Hauptkategorien, die sich bei der intensiven Textlektüre in Bezug auf Forschungsinteresse als signifikant erweisen, berücksichtigt werden. Im Anschluss wird nach Kuckartz das Datenmaterial hinsichtlich der im vorherigen Schritt gebildeten Hauptkategorien codiert, wobei eine Textstelle auch mehreren Kategorien zugeordnet werden kann (vgl. Kuckartz 2018, S. 101 f.).

Im nächsten Schritt sollen nach Kuckartz alle Textstellen zusammengefasst werden, welche einer Kategorie zugeordnet wurden, um im Anschluss induktiv Subkategorien abzuleiten. Kuckartz schlägt hinsichtlich der Subkategorien vor, diese zu definieren und ebenso ein Beispiel aus dem

Text auszuwählen, was der Illustration dient (vgl. Kuckartz 2018, S. 106). Im Anschluss schlägt Kuckartz einen zweiten Codierprozess vor, der die Zuordnung der Textstellen zu den ausdifferenzierten Kategorien, den Subkategorien, umfasst und der Strukturierung und Systematisierung dient. Die Analyse des Datenmaterials kann nach dem abgeschlossenen zweiten Codierprozess beginnen (vgl. Kuckartz 2018, S. 110 f.). Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten der Auswertung, unter anderem die kategorienbasierte Auswertung in Orientierung an den Hauptkategorien und Subkategorien, um die Ergebnisse darzustellen und die Interpretation einzuführen (vgl. Kuckartz 2018, S. 118).

Die Auswertung und Analyse der Daten, welche dieser Forschungsarbeit zugrunde liegen, werden mittels des zuvor beschriebenen Vorgehens nach Kuckartz unter Verwendung des Programms MAXQDA 2020 ausgewertet (VERBI Software 2019). Nachfolgend werden die Ergebnisse der Expert\*inneninterviews entlang der Haupt- und Subkategorien dargestellt.

## **6 Ergebnisse der qualitativen Erhebung**

Die in den vorherigen Kapiteln benannten Schritte wurden bei der Durchführung der qualitativen Forschung umgesetzt. Insgesamt wurden drei Frauen und drei Männer mit Migrationshintergrund befragt, die im politischen Kontext aktiv sind. Da geschlechtsspezifische Herausforderungen in den Blick genommen werden, ist die Stichprobe paritätisch besetzt, um so aufzeigen zu können, wie Männer beziehungsweise Frauen geschlechtsspezifische Herausforderungen wahrnehmen und wie sich diese Wahrnehmung unterscheidet. Vorab wurden 22 Politiker\*innen mit Migrationshintergrund aller etablierten Parteien per E-Mail angefragt (siehe Kapitel 5.1.1). Aufgrund einer geringen Antwortquote und Bereitschaft zu einem Expert\*inneninterview ergibt sich folgende Verteilung hinsichtlich der Parteien: vier Befragte der SPD, ein Befragter des Bündnis 90/Die Grünen sowie ein Befragter einer regionalen Partei. Die befragten Personen sind zumeist auf kommunaler Ebene politisch aktiv, das heißt sie sind Mitglied einer Fraktion im Stadt- beziehungsweise Gemeinderat, eine Person ist Mitglied einer Fraktion in einem Landtag. Mittels eines E-Mail-Anschreibens wurden die Teilnehmer\*innen akquiriert. Informationen bezüglich des Migrationshintergrundes konnten meist durch eine Internetrecherche zu den jeweiligen Personen gewonnen werden. Dabei geht der Migrationshintergrund auf Wurzeln in der Türkei (drei Befragte), einem im Westen Asiens befindlichen Land (eine Befragte) sowie auf zwei afrikanische Länder (zwei Befragte) zurück<sup>2</sup>.

---

<sup>2</sup> Zur Wahrung der Anonymität der Befragten werden hier teilweise nicht die Länder benannt, da dies Rückschlüsse auf die Personen ermöglichen könnte.

Durchgeführt wurden die Expert\*inneninterviews überregional, sodass Personen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands befragt wurden. Die Expert\*inneninterviews wurden dem Wunsch der Befragten folgend mittels der Videokonferenzsoftware Zoom oder telefonisch durchgeführt.

In den nachfolgenden Abschnitten werden die Ergebnisse der Expert\*inneninterviews auf Grundlage der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz, dargestellt.

### **6.1 Einführung des Kategoriensystems**

Auf Grundlage des für die Expert\*inneninterviews verwendeten Leitfadens wurden mittels der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse deduktiv Oberkategorien gebildet, die im weiteren Verlauf durch induktiv generierte Subkategorien ergänzt wurden (vgl. Kapitel 5.2). Dabei wurden fünf Hauptkategorien in Analogie zum Leitfaden festgelegt:

- Definition politischer Partizipation
- Politische Partizipation und Migrationshintergrund
- Interesse an der Politik und Weg in die Politik
- Veränderungsmöglichkeiten
- Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund

Entlang dieser Hauptkategorien werden die Ergebnisse der Expert\*inneninterviews unter Berücksichtigung der Subkategorien in den folgenden Kapiteln dargestellt. Dabei zeigt die Tabelle 2, die Anzahl der codierten Textstellen je Expert\*in hinsichtlich der Hauptkategorien.

**Tabelle 2: Anzahl der codierten Textstellen entlang der Hauptkategorien**

| <b>Hauptkategorien</b>   | <b>Expert*innen</b> |           |           |           |           |           |
|--|---------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
|  | <b>M1</b>           | <b>M2</b> | <b>M3</b> | <b>F1</b> | <b>F2</b> | <b>F3</b> |
| <b>Definition politischer Partizipation</b>                          | 4                   | 1         | 1         | 1         | 1         | 2         |
| <b>Politische Partizipation und Migrationshintergrund</b>            | 14                  | 22        | 12        | 24        | 13        | 27        |
| <b>Interesse an Politik und Weg in die Politik</b>                   | 5                   | 5         | 2         | 5         | 6         | 2         |
| <b>Veränderungsmöglichkeiten</b>                                     | 7                   | 6         | 6         | 3         | 9         | 6         |
| <b>Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund</b> | 2                   | 4         | 1         | 15        | 10        | 10        |

Eigene Darstellung auf Grundlage der Auswertung in MAXQDA 2020 (VERBI Software 2019).

### **6.1.1 Politische Partizipation und Migrationshintergrund**

Die Kategorie „Politische Partizipation und Migrationshintergrund“ geht auf eine offene Frage im Leitfaden zurück, welche es den Befragten ermöglicht eigene Themen zu benennen, die für sie in diesem Kontext relevant sind. Durch die von den Befragten benannten Themen konnten weitere Subkategorien gebildet werden, sodass die Ergebnisse nachfolgend strukturiert entlang der Subkategorien dargestellt werden.

#### *Desinteresse – Heimatorientierung*

Durch vier Befragte wird die Thematik Desinteresse an der deutschen Politik sowie die Heimatorientierung hinsichtlich des politischen Geschehens im Heimatland, als Begründung für eine geringe politische Partizipation, benannt.

*„Es liegt sicherlich auch daran, weil Menschen mit Migrationshintergrund meistens sich mit der Politik in dem Heimatland sehr intensiv beschäftigen, aber weniger mit der Politik hier in Deutschland, das mag sein, das liegt vielleicht auch daran, dass das eben reibungslos in Anführungsstrichen hier in Deutschland funktioniert, es gibt keine Skandale, also Riesenskandale“ (F1, Z. 28-33).*

Diese Problematik wird durch einen anderen Befragten zugespitzt, der beschreibt, dass sich die organisierten Gruppen der Migrant\*innen ebenso zu wenig an den politischen Geschehnissen

in Deutschland beteiligen und daraus resultiert, dass wenige Menschen in politischen Gremien einen Migrationshintergrund haben (vgl. M1, Z. 98-105). Dies führt nach M1 dazu, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund sich eher an Wahlen im Heimatland beteiligen als an Wahlen in Deutschland (vgl. M1, Z. 93-95).

Ebenso beschreibt F1, dass Menschen mit Migrationshintergrund meist an Themen, die im kommunalpolitischen Kontext von Relevanz sind, uninteressiert sind. Als Beispiel wird in diesem Zusammenhang die Thematik des Doppelpasses benannt, welche die befragte Kommunalpolitikerin im Bereich der Bundespolitik verortet und damit die geringe politische Partizipation von vielen Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere im Bereich der Kommunal- und Landespolitik erklärt (vgl. F1, Z. 42-47). Das Desinteresse zeigt sich für F1 auch darin, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund primär politisch engagieren, wenn sie sich davon einen eigenen Nutzen versprechen (vgl. F1, Z. 86-91).

*„Oder die Frage stellt sich dann was habe ich davon, es kommt also immer die Frage was ich davon habe, die Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft ist fast nicht vorhanden“ (F1, Z. 84-86).*

Dementsprechend ist laut den Befragten teilweise ein Desinteresse an der deutschen Politik und ein im Vergleich dazu größeres Interesse für die Politik im Heimatland vorherrschend. Dies wird durch ein fehlendes Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gesamtbevölkerung erklärt und dient auch als Erklärung für eine geringere politische Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.

### Unterrepräsentation

In dieser Subkategorie steht die Unterrepräsentation der Menschen mit Migrationshintergrund und deren Interessen in politischen Gremien im Vordergrund, was von fünf der sechs Befragten thematisiert wird (drei Männer, zwei Frauen).

Die Befragten weisen insbesondere darauf hin, dass in politischen Gremien sehr wenige Menschen mit Migrationshintergrund vertreten sind und dies nicht dem Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland entspricht (vgl. M2, Z. 21-23; F2, Z. 12-15).

*„Wir haben im Stadtrat 80 Sitze, also 80 Stadträtinnen und Stadträte werden gewählt, das haben wir auch bei der letzten Wahl gemacht und davon, davon haben von 80 haben, also einen richtigen Einwanderungshintergrund, also richtige Einwanderungsgeschichte haben eigentlich nur 2“ (M1, Z. 40-43).*

Dabei beschreibt F2, dass diese Problematik alle Parteien betrifft und Menschen mit Migrationshintergrund nach ihrer Einschätzung in allen deutschen Parteien unterrepräsentiert sind und es von Seiten der Parteien mehr Bemühungen bedarf, dies zu verändern (vgl. F2, Z. 37-39).

Neben dieser Problematik beschreiben zwei der Befragten auch, dass die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund im politischen Kontext zu wenig vertreten werden (vgl. M1, Z. 105-108).

*„Das ist so ein gutes Beispiel, weil die Diskussion wird ja völlig an denen vorbeigeführt, die es angeht, also deswegen glaube ich schon, das macht einen riesen Unterschied, also die Partizipation an Politik und die legitimen Forderungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht gut vertreten in der deutschen Politik“ (F3, Z. 172-176).*

Die Unterrepräsentation der Menschen mit Migrationshintergrund bezieht sich entsprechend auf drei Ebenen, es gibt wenige Menschen mit Migrationshintergrund, die ein politisches Mandat bekleiden. Es sind wenige Menschen mit Migrationshintergrund in den deutschen Parteien aktiv und ebenso beschreiben die Befragten, dass die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund nur unzureichend berücksichtigt werden.

#### Gesellschaftliche Barrieren

Durch drei Befragte werden gesellschaftliche Barrieren benannt, die sich negativ auf die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund auswirken. Dabei wird unter anderem thematisiert, dass die gesellschaftliche Integration und die Suche nach dem eigenen Platz in der Gesellschaft bei Menschen mit Migrationshintergrund meist einem politischen Engagement vorangestellt sind.

*„Und die haben auch in der Gesellschaft erstmal zu kämpfen, um ihren Platz zu finden, das heißt die sind erstmal beschäftigt und die Politik kommt dann an zweiter Stelle“ (M2, Z. 41-43).*

Dabei beschreibt M2, dass es bei den Menschen mit Migrationshintergrund auch ein politisches Interesse gibt, dieses aber durch die Suche nach dem persönlichen Platz in der Gesellschaft zurückgedrängt wird (vgl. M2, Z. 119-125, M2, Z. 272-279, M2, Z. 280-285). Diesbezüglich beschreibt M2 als eine Voraussetzung für politische Partizipation, dass sich eine Person in der Gesellschaft wohlfühlt.

*„Das würde ich nicht sagen, dass es da prinzipiell kein politisches Interesse da ist, sondern es könnte ein anderer Zusammenhang sein, Grund geben, weil man sich erstmal nicht wirklich angenommen fühlt oder nicht wirklich angekommen fühlt oder willkommen fühlt, nur wenn jemand sich wohlfühlt, das ist in allen Bereichen so, das ist in der Familie, in der Beziehung, der Arbeit, wenn man sich wohlfühlt dann bringt man auch mehr Leistung, inklusive des Interesses an der Politik“ (M2, Z. 120-126).*

Ebenso beschreibt M3, dass es für Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund des Namens schwierig ist gewählt zu werden (vgl. M3, Z. 148-149). Um Erfolg zu haben ist es nach M3 wichtig, dass die Bevölkerung die Person mit Migrationshintergrund kennt (vgl. M3, Z. 143-149).

*„[...] ich war nicht bekannt gewesen damals und ja die Deutschen wählen halt die deutschen Namen“ (M3, Z.147-148).*

Ähnlich beschreiben F3 und M2 die Problematik, und beziehen sich dabei insbesondere auf die Hautfarbe als Einflussfaktor hinsichtlich des Erfolgs bei einer Wahl, da Personen aufgrund ihrer Hautfarbe Stimmen verlieren können (vgl. M2, Z. 90-93).

*„Also nicht irgendwie wir haben 52 Direktmandate und es macht keinen Sinn wenn dann die Person auf Platz 52 ist und eh schon das Malus hat, dass sie Wähler verliert nur, weil sie zum Beispiel schwarz ist, verliert man Wähler kann man von ausgehen“ (F3, Z. 121-124).*

Als weitere gesellschaftliche Barriere wird von F1 beschrieben, dass Menschen mit Migrationshintergrund beruflich weniger erfolgreich sind als Menschen ohne Migrationshintergrund, weil sie beispielsweise einer gering entlohnten Tätigkeit nachgehen (vgl. F1, Z. 78-80).

*„[...] sie schwerpunktmäßig damit beschäftigt sind die Familie über die Runden zu bekommen, vielleicht nicht über die Runden sondern, dass man ein angenehmes Leben führen kann und das kann man eben nur führen, wenn man, wenn man arbeitet und da bleibt eben wenig Zeit oder kaum Zeit“ (F1, Z. 80-84).*

Neben diesen Barrieren beschränken weitere gesellschaftliche Einflussfaktoren die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund. Insbesondere für Frauen ist es schwer, neben dem Beruf und der Kindererziehung, einem politischen Engagement in einer Partei nachzugehen oder ein politisches Mandat zu übernehmen (vgl. F1, Z. 131-138). Diese geschlechtsspezifische Thematik, die insbesondere Frauen betrifft, wird in Kapitel 6.1.4 ausführlicher aufgegriffen.



### Politische Strukturen und Parteistrukturen

Von allen Befragten werden die politischen Strukturen allgemein beziehungsweise die Strukturen in den unterschiedlichen Parteien, als wichtiger Faktor für die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund benannt. Dabei werden verschiedene Barrieren durch die Befragten aufgezeigt, die nachfolgend dargestellt werden.

Von fünf Befragten wird in diesem Zusammenhang die Offenheit der Parteien thematisiert, wobei sich die Erfahrungen und Ansichten der Befragten unterscheiden. M2 beschreibt, dass die Parteien Menschen mit Migrationshintergrund auch eine Chance zur politischen Partizipation geben sollten (vgl. M2, Z. 296-298). Aktuell sieht M2 die Offenheit der Parteien gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund kritisch, da diese seltener mit wichtigen Posten und Aufgaben betraut werden und ihnen allgemein weniger zugetraut wird (vgl. M2, Z.342-348).

Durch vier weitere Befragte wird diese Offenheit der Parteien unterschiedlich akzentuiert. Dabei weist F1 darauf hin, dass die Offenheit bezüglich Menschen mit Migrationshintergrund bei allen Parteien zu gering ist.

*„Nein, das ist für alle Parteien dasselbe, ich bin fest davon überzeugt, dass das bei den Grünen, der CDU genauso ist, vielleicht ein bisschen weniger oder mehr, aber das Problem ist bei denen genauso vorhanden“ (F1, Z. 197-199).*

Die Befragten M1, F2 und M3 differenzieren diesbezüglich, dass die Offenheit der Parteien hinsichtlich der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund bei den verschiedenen Parteien unterschiedlich ausgeprägt ist und bringen dies auch teilweise mit der thematischen Ausrichtung der Parteien in Verbindung (vgl. M3, Z. 77-80; F2, Z. 29-34).

*„Also ich glaube die Öffnung, diese politische Öffnung, in Richtung einer gleichberechtigten Teilhabe ist bei vielen etablierten Parteien nicht so angekommen. Also man kann natürlich auch die politischen Parteien jetzt nicht alle gleich behandeln. Also es gibt Parteien, die relativ vorangeschritten sind in diesem Öffnungsprozess zum Beispiel die Grünen, die SPD, Die Linke“ (M1, Z. 60-64).*

Bezüglich der Offenheit der Parteien sprechen F1 und M2 an, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich von Seiten der Parteien gerne ehrenamtlich engagieren können, der Zugang zu politischen Mandaten wird jedoch von Seiten der Partei kritisch bewertet (vgl. M2, Z. 354-360). In diesem Zusammenhang beschreibt M2, dass Menschen mit Migrationshintergrund mehr um Posten und Mandate kämpfen müssen als andere (vgl. M2, Z. 359-360).

*„Ja die Migranten dürfen gerne wählen, sie sollen wählen gehen aber sie können sich ja auch engagieren bis zu einem bestimmten Punkt. Sie können zu den Sitzungen kommen, können sich an den Diskussionen beteiligen, können an parteiinternen Wahlen teilnehmen, Flyer verteilen, Wahlplakate aufhängen und das ist alles möglich und bis zu diesem Punkt ist man auch herzlich willkommen, weil man ja dann ehrenamtlich Arbeit übernimmt, aber es fängt dann an kritisch zu werden, wenn man Tatsache ein Amt anstrebt, dann ist man plötzlich sehr unbeliebt“ (F1, Z. 159-165).*

F1 kritisiert in diesem Zusammenhang, dass von Seiten der Politik nach außen kommuniziert wird, dass der Querschnitt der Gesellschaft in der Partei und in den Gremien dargestellt werden soll, sie diese Versprechen aber als ein Lippenbekenntnis sieht, da eine Kandidatur, wie zuvor beschrieben, kritisch eingestuft wird (vgl. F1, Z. 173-176). Auch von M1 wird die Offenheit der Parteien als Lippenbekenntnis beschrieben und dass das ehrliche Interesse der Parteien hinsichtlich Menschen mit Migrationshintergrund fehlt (vgl. M1, Z. 254-257). Um die gesellschaftliche Vielfalt in politischen Gremien zu erhöhen, müsste laut F1 ein Drittel der etablierten deutschen Politiker\*innen ihr Mandat niederlegen und sich nicht mehr zur Wahl aufstellen lassen, um mehr Menschen mit Migrationshintergrund die Chance zu geben in die Parlamente einzuziehen zu können, dies wird ihrer eigenen Einschätzung nach jedoch nicht geschehen (vgl. F1, Z. 177-183). Das Thema der Glaubwürdigkeit, dass Parteien ehrlich daran interessiert sind, dass Menschen mit Migrationshintergrund aktiv teilhaben, wird auch von F3 kritisiert.

*„Also das sehe ich auch immer wieder das die Glaubwürdigkeit wichtig ist, also es macht überhaupt keinen Sinn, wenn man da dauernd drüber redet und die einlädt und dann gibts irgendwie ein Bild von einem neuen Landesvorstand alle weiß, ja, das ist irgendwie so ein Quatsch“ (F3, Z.334-338).*

Mit Blick auf die innerparteilichen Strukturen wird von allen Befragten auch die Thematik der Liste beziehungsweise der Listenaufstellung bei Wahlen angesprochen. Dabei zeigen sich alle Befragten kritisch hinsichtlich des aktuellen Vorgehens der Parteien und beschreiben, dass Menschen mit Migrationshintergrund meist eine nachteilige Position haben und meist auf hinteren Listenplätzen zu finden sind (vgl. M1, Z. 111-124; M2, Z. 315-328; M3, Z. 109-112; F1, Z. 405-412; F2, Z. 42-48; F3, Z. 120-127). Neben dem Migrationshintergrund wirken sich auch Faktoren, wie das Geschlecht, die soziale Herkunft oder eine Behinderung meist negativ auf die Platzierung auf einer Wahlliste aus (vgl. F2, Z. 48-52).

*„Wir müssen wirklich ran, weil wir immer bunter werden und entsprechend müssen die Listen auch multikultureller aufgestellt werden“ (F2, Z. 313-315).*

Durch M2, F1, F2 und F3 wird in diesem Zusammenhang auch darauf verwiesen, dass die Parteien die Listen aktiv so gestalten müssen, dass Menschen mit Migrationshintergrund auch in politische Gremien gewählt werden, also Menschen mit Migrationshintergrund aktiv so platziert werden, dass ihre Wahl aussichtsreich ist (vgl. F1, Z. 407-409, F1, Z. 419-425; F2, Z. 302-310; M2, Z. 443-448).

*„Das heißt wir müssen dem obwohl der vielleicht kürzer dabei ist dabei helfen, dass der reinkommt, das heißt so hoch wie möglich, also nicht vor den Spitzenkandidaten, aber irgendwo in dem Bereich noch des letzten Drittels aussichtsreicher Listenplätze setzen und das ist echt eine harte Diskussion“ (F3, Z. 131-134).*

Von F1 und F3 wird ebenso beschrieben, dass sie im politischen Kontext oft das Gefühl haben sich für ihr politisches Engagement bedanken zu müssen beziehungsweise danach fragen zu müssen (vgl. F1, Z. 262-265).

*„Das ist ein anderes Selbstverständnis. Wir möchten Bitteschön nicht Danke dafür sagen müssen, man dankt dann seinen Wählerinnen und Wähler sagen, wenn man gewählt worden ist, um Gottes willen ja, aber man muss sich nicht dafür bedanken, dass man Dienst für das deutsche Volk vollbringt, das ist ja verrückt“ (F3, Z. 361-364).*

Im Rahmen der politischen Arbeit in Parteien beschreibt M1, dass die Parteien dazu neigen das Thema Migration und Integration nur von den Mitgliedern mit Migrationshintergrund bearbeiten zu lassen, dies wird von M1 kritisch bewertet (M1, Z. 166-176). M1 betont, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich nicht nur in diesem Politikfeld engagieren sollen, sondern, dass ein Engagement auch in anderen politischen Themenbereichen wichtig ist, da so ein politischer Aufstieg besser gelingt (vgl. M1, Z. 178-186). F3 thematisiert dies ebenso und kritisiert, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur Expert\*innen für Migration und Integration sind, sondern dass Abgeordnete mit Migrationshintergrund in erster Linie Politik machen sollen (vgl. F3, Z. 16-26).

F1 äußert sich kritisch, dass das Amt des\*r Integrationsbeauftragten auf Landesebene an eine deutsche Person vergeben wird (vgl. F1, Z. 389-396). Sie hätte sich für dieses Amt eine Person mit Migrationshintergrund gewünscht, da diese Person aufgrund der eigenen Lebenserfahrung

mit der Thematik vertraut ist und ein\*e Deutsche\*r nicht über diese Erfahrungen verfügt und sich diese nur begrenzt aneignen kann (vgl. F1, Z. 389-396).

Um die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich des politischen Kontexts und innerhalb der Parteien zusammenzufassen, eignet sich die Aussage von F2 sehr gut:

*„Aber generell ist das in allen Parteien noch viel zu wenig vorhanden und es müssen noch mehr Möglichkeiten geschaffen werden, wie man die Menschen besser miteinbinden kann“ (F2, Z. 37-39).*

### Weitere Einflussfaktoren

Neben den Einflussfaktoren, die auf die Gesellschaft oder die politischen Strukturen zurückzuführen sind, werden von fünf Befragten weitere Einflussfaktoren benannt, die sich auf die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund auswirken und zumeist auf die Zugehörigkeit zu dieser Personengruppe zurückzuführen sind.

Ebenso wirkt sich das Bildungsniveau auf die politische Partizipation aus. M2 hinterfragt, ob er hinsichtlich seines politischen Engagements genauso erfolgreich hätte sein können, wenn er nicht Akademiker mit einem gefestigten Job in der Wirtschaft wäre (vgl. M2, Z. 423-429). Diese Thematik beschreibt M2 dabei für beide Geschlechter, sowie für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und weist auf eine Verbindung zwischen einem hohen Bildungsniveau und dem Erlangen eines politischen Mandats hin (vgl. M2, Z. 419-423).

Menschen mit Migrationshintergrund erfahren bezüglich ihrer politischen Arbeit Diskriminierungen, was sich auf die Partizipationsbereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund auswirkt (vgl. F2, Z. 259-265; F3, Z. 456-460). Diese Diskriminierung, die auf den Migrationshintergrund zurückgeführt wird, beschreiben lediglich zwei der weiblichen Befragten und wird in Kapitel 6.1.4 ausführlicher aufgegriffen. In diesem Zusammenhang kann ebenso darauf verwiesen werden, dass sich das Geschlecht auf die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund auswirkt und insbesondere Frauen diesbezüglich eine Betroffenheit aufweisen (vgl. F1, Z. 109-112), ausführliche Erläuterungen zu dieser Thematik befinden sich in Kapitel 6.1.4.

Bezüglich der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gilt es ebenso die allgemeine Lebenssituation dieser Personengruppe zu berücksichtigen, da diese aus verschiedensten Gründen mit Herausforderungen konfrontiert sind.

*„Das trifft auf mich auch zum Teil zu, da habe ich natürlich auch meine Erfahrung gemacht, wie bei vielen mit Migrationshintergrund, das ist ja oft so eine Intersektionalität<sup>3</sup>, dass man aus verschiedenen Gründen auch betroffen ist“ (F3, Z. 200-203).*

In diesem Zusammenhang beschreibt F2 beispielsweise, dass insbesondere Menschen mit einem Fluchthintergrund sich in Deutschland alles neu aufbauen müssen und nicht auf Kenntnisse und Kompetenzen innerhalb der Familie zurückgreifen können, wie wenn bereits ein anderes Familienmitglied politisch aktiv ist (vgl. F2, Z. 274-282). Außerdem sind Verbindungen zu Menschen und Netzwerke wichtig, um erfolgreich politisch aktiv zu sein (vgl. F2, Z. 265-274). F2 beschreibt, dass Familien, die nach Deutschland kommen, über keine derartigen Kontakte verfügen und sich dies negativ auf deren politische Partizipation auswirkt (vgl. F2, Z. 265-274).

Von M1 wird ein möglichst frühes politisches Engagement in Parteien empfohlen, um im Bereich der Politik erfolgreich zu sein (vgl. M1, Z. 137-139). Diesbezüglich spricht M1 an, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund einbürgern lassen müssen, um neben der Parteimitarbeit weitere politische Ämter erreichen zu können (vgl. M1, Z. 139-145). Dieses Vorgehen fällt Menschen mit Migrationshintergrund laut M1 teilweise schwer (vgl. M1, Z. 139-145).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund durch gesellschaftliche Barrieren, die allgemeinen politischen Strukturen beziehungsweise Parteistrukturen beeinflusst wird.

### **6.1.2 Interesse an Politik und Weg in die Politik**

In der Kategorie „Interesse an Politik und Weg in die Politik“ sollen die Erfahrungen der befragten Politiker\*innen dargestellt werden. Diesbezüglich sind auch die Äußerungen bezüglich des Interesses an der Politik und die Beweggründe für das politische Engagement von Relevanz.

#### Engagement in Gremien und Vereinen

Bei einigen Befragten ging dem politischen Engagement im Parlament ein Engagement in anderen Gremien beziehungsweise Vereinen voraus. Vier der Befragten (M1, M2, F2, F3) benennen dies explizit. Auch der Befragte M2 gibt an, dass er sich vor seinem politischen Engagement

---

<sup>3</sup> Der Begriff Intersektionalität wurde 1989 durch Crenshaw eingeführt „mit dem sie auf die marginalisierten Erfahrungen Schwarzer Frauen im Antidiskriminierungsrecht, feministischer Theorie und antirassistischer Politik aufmerksam machte“ (Walgenbach 2013, S. 267). Dabei ist nach Crenshaw von Relevanz, dass Diskriminierung auf verschiedene Kategorien, die Ungleichheit begründen, zurückgeführt werden kann und die Kreuzung dieser von Bedeutung ist (vgl. Crenshaw 1989, S. 149 f.). Heute wird Intersektionalität in der Wissenschaft als Oberbegriff für das Zusammenwirken von Ungleichheitskategorien verwendet und spiegelt sich in unterschiedlichsten Konzepten wider (vgl. Bear et al. 2010, S.10).

bereits in Vereinen engagierte und auch an einer Vereinsgründung mitwirkte und die Partei so wusste, dass M2 wichtige Kompetenzen mitbringt (vgl. M2, Z. 161-165). M1 gibt an, dass er sich in Migrantenvereinen und dem Ausländerbeirat engagierte und dort auch im Vorstand tätig war (vgl. M1, Z. 196-203). In diesem Zusammenhang beschreiben M1 und M2, dass ein Engagement in gesellschaftlichen Vereinen, einer Gewerkschaft und Initiativen oder das Engagement in einer politischen Jugendorganisation den Weg in die Politik ebnet und den dortigen Aufstieg erleichtert (vgl. M1, Z. 239-248, M2, Z. 217-220).

Im Unterschied dazu geben F2 und F3 an, sich bereits bei einer politischen Jugendorganisation engagiert zu haben, was insbesondere bei F2 den Anfang ihres politischen Werdegangs darstellt (vgl. F2, Z. 95-100). Ebenso engagierte sich F3 in einer politischen Jugendorganisation und war dort bereits Landesvorsitzende (vgl. F3, Z. 241-244).

#### Unterstützer\*innen und Mentor\*innen

Neben dem Engagement in Gremien und Vereinen wird auch die Unterstützung durch Mentor\*innen beziehungsweise die aktive Ansprache durch Parteimitglieder hinsichtlich des Weges in die Politik mehrfach von den Befragten thematisiert.

Insbesondere M2 und M3 geben an, dass sie aktiv von der Partei beziehungsweise Parteimitgliedern angesprochen wurden, ob sie sich politisch engagieren möchten (vgl. M3, Z. 135-143). Auch M2 wurde von Mitgliedern der Partei, in der er jetzt aktiv ist, bereits vor der Gründung der Partei angesprochen, als deren heutige Mitglieder noch in anderen Parteien tätig waren (vgl. M2, Z. 67-71). M2 engagierte sich aufgrund einer mangelnden Identifikation mit den Parteien nicht in einer solchen (vgl. M2, Z. 68-69). Bei der Neugründung einer Partei, ließ M2 sich darauf ein, engagierte sich in der Partei und gestaltete die Parteigründung mit (vgl. M2, Z. 57-62).

Ein weiterer Befragter (M1) gibt an, dass er durch den Oberbürgermeister aktiv bezüglich der Stadtratswahl angesprochen und motiviert wurde, was M1 als große Unterstützung erlebte.

*„Und er hat mich motiviert. Also das ist auch wichtig glaub ich in der Politik, also man braucht so Mentoren, man braucht auch Leute, die jemanden direkt ansprechen und begleiten, Mut machen, bei mir war das der Oberbürgermeister“ (M1, Z. 208-211).*

Ebenso wurde F3 durch einen Parteikollegen bezüglich eines möglichen politischen Engagements im Landtag angesprochen (vgl. F3, Z. 253-255). F3 betont aber, dass dies nicht aus Gründen des Migrationshintergrundes geschah, sondern aufgrund ihres Wissens im Bereich Bildung und Kultur (vgl. F3, Z. 253-255).

Zusammenfassend zeigt sich, dass ein gesellschaftliches Engagement in Gremien, Vereinen und Initiativen bei den Befragten zumeist den Einstieg in die Politik ebnet und sie davon hinsichtlich ihrer politischen Partizipation profitieren.

### **6.1.3 Veränderungsmöglichkeiten**

In dieser Kategorie werden die von den Befragten benannten Möglichkeiten thematisiert, wie die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden kann. Dabei steht insbesondere die politische Partizipation in Parteien und politischen Gremien im Vordergrund.

#### Gesellschaftliche Ebene

Auf gesellschaftlicher Ebene wünscht M2 sich mehr Wertschätzung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, unabhängig von deren Hautfarbe und Religionszugehörigkeit, was M2 als Grundlage für ein politisches Engagement beschreibt (vgl. M2, Z. 251-261; M2, Z. 273-278).

M1 wünscht sich von Seiten der Migrantenverbände Veränderungen, diese sollen sich mehr Fachwissen und Kenntnisse aneignen, um sich besser in Gremien vor Ort engagieren und Entscheidungen beeinflussen zu können (vgl. M1, Z. 267-280). Ebenso weist M1 darauf hin, dass die unterschiedlichsten Formen der Partizipation den Menschen mit Migrationshintergrund und Migrantenverbänden zu wenig bekannt sind und es diesbezüglich Veränderungen bedarf und richtet sich mit seiner Aussage an Menschen mit Migrationshintergrund.

*„Also es gibt viele Formen von sagen wir von Partizipation und ich glaube diese Kenntnis fehlt vielen Migrantenverbänden, Migranten, Migrantinnen, also die wissen nicht wo kann ich mich denn engagieren ja, also es gibt wirklich eine Reihe von Partizipationsmöglichkeiten, also man soll sich nicht nur auf die politischen Parteien fokussieren sondern es gibt auch andere Formen und das wäre mein, meine zweite Forderung an die Adresse der Migrantenbevölkerung“ (M1, Z. 293-299).*

Von Seiten der Gesellschaft beziehungsweise den Menschen mit Migrationshintergrund wünscht sich F2, dass Menschen mit Migrationshintergrund mit Themen an die Parteien herantreten und die Menschen mit Migrationshintergrund diese Themen auch verfolgen (vgl. F2, Z. 173-180). So sieht sie die Möglichkeit, die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern (vgl. F2, Z. 173-180). Im Umkehrschluss setzt dies aber auch die Bereitschaft und Offenheit der Parteien gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund voraus (vgl. F2, Z. 173-180).

### Parteebene

Neben den Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene benennen fünf Befragte (M1, M2, M3, F1, F2) Veränderungen, die auf der Parteebene zu verorten sind. M2 wünscht sich, dass die Parteien Menschen mit Migrationshintergrund und deren Qualitäten als Gewinn ansehen, sich mehr öffnen und die gewöhnlichen Denkweisen innerhalb der Partei überwinden (vgl. M2, Z. 299-303). Auch M1 formuliert klar einen Veränderungsbedarf hinsichtlich der Öffnung der Parteien bezüglich der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund.

*„Also die politischen Parteien müssen sich mehr öffnen, mehr interessieren mit konkreten Plänen“ (M1, Z. 266-267).*

Ebenso bedarf es laut M2 bei der Platzierung auf der Liste mehr Unterstützung für die Personengruppe der Menschen mit Migrationshintergrund, sodass diese hoch platziert werden (vgl. M2, Z. 338-348). Diese Veränderungen sieht M2 teilweise schon mit Blick auf seine persönlichen Erfahrungen erfüllt (vgl. M2, Z. 338-348). Die Problematik, dass die Parteien Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich der Listenplatzierung besser unterstützen müssen, wird auch von F1 und F2 benannt. F2 beschreibt den dringenden Bedarf, dass die Listen bunter werden müssen und dies auch von Menschen mit Migrationshintergrund gewünscht wird (vgl. F2, Z. 313-318). F1 thematisiert in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten wie Parteien Listen korrigieren können.

*„So ist es wichtig, dass die Parteien, die Parteispitzen Wahlergebnisse korrigieren in Anführungsstrichen, wenn also, wenn es eine Kandidatin gibt mit Migrationshintergrund, die Kompetenz mitbringt das ist die Voraussetzung wir wollen keine Quotenmigrantin oder was sie soll schon ein bisschen Ahnung haben wovon sie spricht, dass die Parteien eingreifen und sagen wir korrigieren die Liste, diese Möglichkeiten haben die Parteien auf dem Parteitag“ (F1, Z. 407-412).*

Als Veränderung schlägt F1 in diesem Kontext vor, dass es auf jeder Liste Menschen mit Migrationshintergrund auf sicheren Listenplätzen bedarf, um so den Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund in den Parlamenten zu erhöhen (vgl. F1, Z. 396-399).

M2 benennt als Veränderung, dass Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig vom Geschlecht proaktiv durch die Parteien angesprochen und hinsichtlich ihrer politischen Partizipation gefördert werden müssten, wenn sie über für die Politik relevante Kompetenzen verfügen (vgl. M2, Z. 462-468). Auch M3 beschreibt, dass Menschen mit Migrationshintergrund aktiver



durch Parteien angesprochen werden müssten (vgl. M3, Z. 211-217). Ebenso betont M3, dass es gleichberechtigte Teilhabechancen braucht.

*„Die sollen auch mal die Parteien von sich aus, sollen alle Parteien, sollen halt so gleichbehandeln Frauen und Männer und die sollen mal halt, wenn die Migrationshintergrund ist soll man nicht irgendwas noch leichter machen sondern, ich erwarte bin ich auch zufrieden genau wie die anderen behandelt und die sollen auch genauso behandelt werden, das würde schon reichen eigentlich“ (M3, Z. 231-235).*

Diese gleichberechtigte Teilhabe spiegelt sich auch in den Aussagen von M1 wieder, der die Parteien in der Pflicht sieht sich mit der Thematik zu beschäftigen, wie Zugangsbarrieren für alle in der Politik unterrepräsentierten Gruppen abgebaut werden können, Menschen mit Migrationshintergrund eingeschlossen, um die gesellschaftliche Vielfalt in der Politik abzubilden (vgl. M1, Z. 324-334).

Auf Parteiebene sieht F1 ebenso den Bedarf, dass es von Seiten der Parteien beispielsweise Programme braucht, die Menschen mit Migrationshintergrund „finden und aufbauen und unterstützen und begleiten“ (F1, Z. 249). Neben diesen Programmen braucht es nach F1 ebenso Vertreter\*innen mit Migrationshintergrund in den politischen Gremien, damit diese die Personengruppe mit Migrationshintergrund besser ansprechen (vgl. F1, Z. 238-242; F1, Z. 249-250). Ähnlich beschreibt auch F2, dass durch bereits etablierte Abgeordnete in politischen Gremien die Personengruppe der Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden kann.

*„Ich denke, dass da ganz viel Verantwortung in den Händen der bereits Tätigen liegt, dass sie wirklich die Augen aufmachen müssen, dass sie dafür sensibilisiert sein müssen auch gerade diese Personengruppen mitzunehmen, dass man ihnen eine anständige Beratung gibt, dass man sie ernst nimmt, dass man die Anliegen auch richtig mit in die Programme und in die Personalgewinnung mitdenkt und das entsprechend so organisiert, dass man auch Lust hat da mitzumachen“ (F2, Z. 162-167).*

F2 sieht insbesondere die Notwendigkeit, dass Abgeordnete, die schon eine Funktion innehaben, besonders sensibilisiert sind für Menschen mit Migrationshintergrund und diese stärken, sowie auf ihrem politischen Weg unterstützen können (vgl. F2, Z. 185-194). F2 betont in diesem Zusammenhang, dass aktuell den Menschen mit Migrationshintergrund zu wenig zugehört wird und zu wenig auf diese Personengruppe zugegangen wird, darin sieht sie ein verschenktes Potenzial und wünscht sich Veränderung (vgl. F2, Z. 191-196).

### Positive Beispiele und Vorbilder

Neben diesen Veränderungen auf Parteiebene können auch positive Beispiele zur Verbesserung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund beitragen.

*„Und auch ich glaube die Leute brauchen eine Vorbildfunktion ah die Frau XX [anonymisiert] die ist eine Politikerin, ah das würde ich aber gerne auch machen, ah was macht die, das interessiert mich, sie brauchen also einen Schlüssel, eine Person die eben diese Schlüsselrolle übernimmt wo man vor Ort jemand sieht, die genau dieses, solch ein Amt bekleidet, damit man überhaupt Interesse weckt“ (F1, Z. 60-64).*

Im Rahmen dieser positiven Vorbilder benennt M1 den Veränderungsbedarf, dass die Medien die positiven Beispiele von Menschen mit Migrationshintergrund, die erfolgreich in der Politik aktiv sind, wie beispielsweise die aktuelle Landtagspräsidentin in Baden-Württemberg, die eine Frau mit Migrationshintergrund ist, mehr thematisieren müssten, um so (junge) Menschen mit Migrationshintergrund anzusprechen (vgl. M1, Z. 299-311).

Von F3 werden verschiedene Politiker\*innen genannt, die im Bereich der Politik trotz ihres Migrationshintergrundes erfolgreich sind und als positive Beispiele gelten und die Offenheit der Parteien zeigen (vgl. F3, Z. 284-287). Beispielsweise hat die stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Serpil Midyatli, einen Migrationshintergrund (vgl. F3, Z. 347-350).

*„Das ist echt schwierig, deswegen sind so Karamba Diaby, Elombo Bolayela echt total outstanding, also jetzt in unserer Partei oder Aminata Toure, die sind so outstanding people weil die das überwunden haben ja, also nochmal also diese eine Hürde mehr [Anmerkung: in Bezug auf die Hautfarbe]“ (F3, Z. 284-287).*

Als konkrete positive Veränderungsmöglichkeit benennt F2, dass in ihrer Stadt in Analogie zu den Stadtbezirksräten ebenso Integrationsbeiräte in den einzelnen Stadtbezirken etabliert wurden, was die Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund verbessert (vgl. F2, Z. 18-26).

*„[...] dass Menschen mit Migrationshintergrund dort auch partizipieren können, mitentscheiden können, wenn es um Förderanträge geht. Und sie haben auch die Möglichkeit eigene Projekte zu entwickeln oder durchzuführen, das wird dann finanziell darüber gesteuert und auch unterstützt“ (F2, Z. 22-26).*

Zusammenfassend benennen die Befragten Veränderungen, die sich auf der gesellschaftlichen sowie der politischen Ebene vollziehen müssen, um die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere in Parlamenten und Parteien zu verbessern.

#### 6.1.4 Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Expert\*inneninterviews hinsichtlich der politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund dargestellt. Aufgrund einer offenen Frage im Leitfaden gibt es zunächst keine thematischen Einschränkungen. Im Rahmen der Expert\*inneninterviews zeigte sich, dass Frauen diese Thematik umfangreicher thematisieren als Männer (siehe Tabelle 3).

**Tabelle 3: Anzahl der codierten Textstellen in der Hauptkategorie: Politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund**

| Subkategorien  | Expert*innen |    |    |    |    |    |
|--|--------------|----|----|----|----|----|
|  | M1           | M2 | M3 | F1 | F2 | F3 |
| <b>Barrieren</b>                                     | -            | 2  | -  | 9  | 5  | 3  |
| <b>Stereotype und Vorurteile</b>                     | -            | -  | -  | 2  | 2  | 5  |
| <b>Veränderungen und Unterstützungsmöglichkeiten</b> | 1            | 1  | 1  | 2  | 3  | 2  |
| <b>Sonstiges</b>                                     | 1            | 1  | -  | 2  | -  | -  |

Eigene Darstellung anhand der Auswertung mit MAXDA 2020 (VERBI Software 2019).

##### Barrieren

Zunächst werden in der Subkategorie „Barrieren“ Herausforderungen auf unterschiedlichsten Ebenen beschrieben. Von F2 wird die Situation von Frauen (mit Migrationshintergrund) kritisch und offen thematisiert.

*„Ich denke, dass die Situation ziemlich schwierig ist, es ist eine große Herausforderung gerade für Frauen mit Migrationshintergrund, wir haben generell ein Problem in der Politik mit zu wenig Frauen und wenn man dann noch einen Migrationshintergrund hat ist das umso schwieriger. Migrationshintergrund ist auch nicht gleich Migrationshintergrund“ (F2, Z. 201-205).*

Bezüglich der politischen Partizipation von Frauen auf kommunaler Ebene äußert M2, dass es für diese schwieriger ist als für Männer, einige Frauen aber dennoch kandidieren, nähere Erklärungsansätze benennt M2 nicht (vgl. M2, Z. 434-436).

Als Barriere benennt F1 die fortwährende klassische Frauenrolle, die mit der Heirat einhergeht und beschreibt, dass Migrantinnen früh heiraten, zumeist zwischen einem Alter von 20 und 25 Jahren (vgl. F1, Z. 109-112).

*„Und wenn man dann noch Kinder bekommt, Kinder hat naja ich glaube da kann man sich dann ausmalen wie die Situation dann aussieht während der Mann aber weiterhin sich beruflich einbringt und eventuell in anderen ehrenamtlichen Strukturen muss ja nicht unbedingt Politik sein, gibt ja auch Migrantenselbstorganisationen also das sind klassischen Barrieren und es ist ganz, es wird ganz ganz schwierig sein diese Barrieren zu kippen“ (F1, Z. 131-136).*

Aus eigener Erfahrung berichtet F1, dass es außerdem schwierig ist den Anforderungen, die eine Partei an die Mitglieder stellt, als Frau mit einem Migrationshintergrund gerecht zu werden (vgl. F1, Z. 302-316). In der Schul- und Ausbildungszeit war sie beispielsweise besonders gefordert, da ihre Eltern sie aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht unterstützen konnten (vgl. F1, Z. 302-316). Aufgrund der Ehe und Familie sowie der fehlenden Zeit konnte F1 sich erst spät ehrenamtlich politisch engagieren (vgl. F1, Z. 109-119).

*„[...] man erwartet aber in der Partei, dass sie 10/15 Jahre erstmal Basisarbeit gemacht haben, Flyer verteilt haben, ja aber das ist doch gar nicht möglich als Frau, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund es ist einfach nicht möglich“ (F1, Z. 313-316).*

Auf Ebene der Parteien gibt es weitere Barrieren, die von den befragten Frauen benannt werden. Von F1 wird in diesem Kontext beschrieben, dass Frauen mit Migrationshintergrund für ihr politisches Amt im Kontext der Parteien mehr kämpfen und sich rechtfertigen müssen als Männer (vgl. F1, Z. 272-278; F1, Z. 331-335).

Von F2 wird beschrieben, dass die Situation für Frauen mit Migrationshintergrund, die ein Mandat in einem Parlament anstreben, besonders schwierig ist (vgl. F2, Z. 42-44). Als Grund führt sie dabei den Wettbewerb an, der entsteht, wenn mehrere Menschen sich um einen aussichtsreichen Listenplatz bewerben (vgl. F2, Z. 42-44).

*„[...]wenn sich mehrere Personen für einen Platz bewerben, dann ist das natürlich schwieriger, wenn dann noch hinzukommt, dass man eine Frau ist hat man es noch schwieriger*

*in der Regel, wenn man dann noch einen Migrationshintergrund hat ist das schon wirklich eine der schwierigsten Stufen“ (F2, Z. 44-48).*

Für Frauen mit Migrationshintergrund ist es nach den Erklärungen von F2 nochmals schwieriger, als für Frauen im Allgemeinen, an einen aussichtsreichen Listenplatz zu kommen (vgl. F2, Z. 45-48). Wenn noch weitere Faktoren hinzukommen, wie beispielsweise die soziale Herkunft, wird diese Thematik nochmals schwieriger (vgl. F2, Z. 48-52). Im Umgang mit der Platzierung beschreibt F2 außerdem, dass sie selbst die Erfahrung machte mit einem Mann um einen Listenplatz zu konkurrieren, der Mann war dabei Deutscher und aus einem wohlhabenden Haushalt (vgl. F2, Z. 149-155). Zur Wahrung des Friedens und um Furore zu vermeiden nahm F2 den zweiten aussichtsreichen Platz nach dem Mann ein (vgl. F2, Z. 140-144).

Auf Parteebene bewertet F2 ebenso kritisch, dass in den Ortsvereinen, auf unterster Ebene, bereits zu wenige Frauen mit Migrationshintergrund aktiv sind und dies abschreckend wirkt (vgl. F2, Z. 221-226). F2 beschreibt die Politik ebenso als eine Männerdomäne (vgl. F2, Z. 208-210).

*„Das andere ist, dass wir leider eben zu wenig Frauen auch in den einzelnen Ortsvereinen haben, also wirklich schon auf der untersten politischen Ebene, dass es leider auch sehr abschreckend wirkt, wenn man dann dahin kommt und man sieht, ah da sind überall nur alte weiße Männer und wir können, man fühlt sich irgendwie fehl am Platz“ (F2, Z. 221-225).*

Diese männerdominierten politischen Strukturen werden auch von F1 als abschreckend beschrieben (vgl. F1, Z. 321-331). Ebenso beschreibt F1, dass die Parteien sich nicht ausreichend darum bemühen, dass mehr Frauen mit Migrationshintergrund partizipieren und schätzt die Unterstützung dieser Frauen durch die Partei als gering ein (vgl. F1, Z. 339-345).

Von F3 wird ebenso beschrieben, dass die Anforderungen an Frauen mit Migrationshintergrund im politischen Kontext sehr groß sind und sie das Gefühl verspürt sich besser vorbereiten zu müssen als ihre Kollegen.

*„[...] weil ich immer das Gefühl habe ich müsste dreimal so gut vorbereitet sein, wie andere und das ist auch die Realität, das und dass es da dann aber auch immer Leute total stresst, dass wir dann so sind wie wir sind, so gut vorbereitet und dass wir irgendwie nochmal 5 Akten mehr und 3 Bücher mehr gelesen haben, damit wir eben nicht in diese typische Stereotypen über Menschen türkischer Herkunft oder schwarze Menschen oder sonst was hereingepresst werden, sehr sehr anstrengend“ (F3, Z. 441-447).*

Zusammenfassend zeigt sich, dass insbesondere von Frauen vielfältige Erfahrungen und Einflüsse benannt werden, die die politische Partizipation von Frauen (mit Migrationshintergrund) innerhalb der Parteien und Parlamente erschweren und behindern.

### Stereotype und Vorurteile

Neben den im vorherigen Abschnitt benannten Barrieren benennen insbesondere die befragten Frauen auch verschiedenste Stereotype, die sie im politischen Kontext erleben und die sich gegebenenfalls auch negativ auf ihre politische Partizipation auswirken. Solche Stereotype erlebt F2 beispielsweise bei politischen Veranstaltungen (vgl. F2, Z. 249-251).

*„[...] dass ein älterer weißer Herr dann kommt und sagt, ach sie sprechen aber gut Deutsch so und dann denke ich mir ok danke, ja ich weiß. Ich habe mein Abitur hier gemacht, ich habe Germanistik studiert und ja ich beherrsche die Sprache ganz gut [...] und automatisch wird man dann in eine niedrigere Schublade gepackt, was direkt zum Nachteil ausgelegt wird“ (F2, Z. 251-256).*

Ebenso beschreibt F2, dass solche unangemessenen Aussagen häufig vorkommen und ihr verdeutlichen, dass sie unterschätzt beziehungsweise diskriminiert wird (vgl. F2, Z. 259-261).

Nach F3 gibt es ebenso ein vorherrschendes Bild in den Köpfen, wie erfolgreiche Frauen auszu- sehen haben und sieht Frauen mit Migrationshintergrund allgemein in einer nachteiligen Lage.

*„Also wenn das zusammenkommt ein Migrationshintergrund und Frau, das ist wirklich das ungünstigste würde ich mal behaupten, weil wenn man irgendwie das sieht man ja auch so an der Bildgebung und so weiter, wenn es irgendwie um Frauen geht die erfolgreich sind und irgendwie ihren Mann stehen in Anführungsstrichen, dann ist das irgendwie die blonde große Frau im Kostümchen“ (F3, Z. 382-386).*

Von F3 wird dies kritisiert, da sie die Auffassung vertritt, dass im politischen Bereich nur ein bestimmter Typ Frau zugelassen wird und damit einhergehend ein ganz bestimmtes Bild erfüllt werden soll (vgl. F3, Z. 393-398; F3, Z. 403-406). Entsprechend wird Frauen in der Politik vermittelt, wie eine erfolgreiche Frau auszusehen hat, bei den Männern sieht F3 diese Vorurteile nicht (vgl. F3, Z. 404-408). Aufgrund dieser Stereotype sieht F3 ebenso die Problematik, dass die Kompetenz von Frauen, die nicht das zuvor beschriebene Bild einer Frau erfüllen, in Frage gestellt wird (vgl. F3, Z. 457-460).

### Zukünftige Veränderungen und Unterstützungsmöglichkeiten

Zunächst werden die von M1 und M2 benannten Möglichkeiten zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund in Parteien und Parlamenten beschrieben. In diesem Zusammenhang schlägt M2 nicht nur eine geschlechtsspezifische Förderung vor, sondern sieht den Bedarf sowohl Männer als auch Frauen mit Migrationshintergrund zu fördern, die über die für die Politik relevanten Kompetenzen verfügen (vgl. M2, Z. 460-468). Im Unterschied dazu beschreibt M1, dass er sich wünscht, dass in der politischen Frauenförderung der Aspekt des Migrationshintergrundes einbezogen wird (vgl. M1, Z. 358-362).

*„[...] wie kann man die Frauen mit Migrationshintergrund besser ansprechen, besser motivieren damit sie eigentlich noch stärker ihre Stimme da erheben können, aber das ist jetzt die ich glaube allgemeine Lage, wenn es um die Frauen mit Migrationshintergrund geht“ (M1, Z. 359-362).*

Die Befragten F1 und F2 sprechen an, dass im politischen Kontext eine Vernetzung von Frauen mit Migrationshintergrund von Bedeutung ist, um die politische Partizipation ebendieser Personengruppe zu fördern.

*„Ja Menschen mit Migrationshintergrund aus der Politik, die Frauen haben wir dieselben Erfahrungen, es ist meistens so, dass die Politikerinnen mit Migrationshintergrund in den Parteien sich vernetzen, sich solidarisieren, weil wir alle dieselben Problematiken haben und dieselben Herausforderungen, also wir kennen das Problem, womit der andere zu kämpfen hat, deswegen solidarisiert man sich untereinander“ (F1, Z. 285-290).*

Von F2 wird darauf hingewiesen, dass es eigentlich in allen Parteien Frauennetzwerke gibt (vgl. F2, Z. 210-220). Durch diese Netzwerke sieht F2 die Möglichkeit, dass Frauen sich gegenseitig unterstützen können (vgl. F2, Z. 210-220). Das Merkmal des Migrationshintergrundes wird von F2 in diesem Kontext nicht benannt (vgl. F2, Z. 210-220).

Von F1 und F2 wird ebenso darauf verwiesen, dass es für eine Förderung der politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund mehr positive Vorbilder braucht, damit andere Frauen mit Migrationshintergrund motiviert werden sich politisch zu engagieren. Für ihre Tochter, die bereits in einer Jugendorganisation aktiv ist, übernimmt F1 beispielsweise selbst die Vorbildfunktion (vgl. F1, Z. 141-146).

*„Und was man sonst machen muss, für mehr Repräsentanz sorgen, wenn wir mehr Frauen mit Migrationsgeschichte in sichtbaren Positionen haben, dann wird es auch andere Frauen dazu ermutigen vielleicht den Schritt zu wagen und in eine Partei zu kommen, ich*

*glaube das wir einfach auch mehr Frauen als Vorbilder brauchen, damit sich andere dadurch noch mehr motivieren lassen mitzumachen“ (F2, Z. 239-243).*

Neben diesen Vorbildern bedarf es nach F2 ebenso einer besseren Ansprache der Frauen mit Migrationshintergrund (vgl. F2, Z. 234-236). Diesbezüglich ist für F2 zum einen wichtig, dass durch Diskussionsveranstaltungen Frauen angesprochen werden und durch die Auswahl von internationalen und interkulturellen Themen insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund adressiert werden (vgl. F2, Z. 232-239). Zum anderen sieht F2 einen weiteren Veränderungsbedarf auf Ebene der Ortsvereine, um die politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

*„Deswegen fände ich es eigentlich umso wichtiger, dass man darauf achtet, wirklich gemischt und bunt da zu sitzen und wenn man das selber nicht hat, dass man sich diese Hilfe extern holt, dass wenn man selbst in einer Ortschaft ist und da zum Beispiel nicht so viele Frauen hat kann man ja in anderen Ortschaften anfragen ob man nicht dazu kommen kann, dass man dann diese Mischung auch vor Ort hat und entsprechend ansprechender auch wirkt auf andere“ (F2, Z. 226-231).*

Zusammenfassend zeigt sich, dass Frauen mit Migrationshintergrund im Bereich der Politik mit Herausforderungen konfrontiert sind und insbesondere die klassische Frauenrolle und die Vereinbarkeit von Politik, Familie und Beruf von den Frauen thematisiert werden. Außerdem sehen sich die Frauen mit Migrationshintergrund im Bereich der Politik mit Diskriminierungen, Vorurteilen und Stereotypen konfrontiert. Das Sichtbarmachen von positiven Vorbildern sowie Frauennetzwerke werden von den Frauen als Veränderungsmöglichkeiten benannt, um die Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund zu steigern.

## **7 Diskussion der Ergebnisse**

### **7.1 Herausforderungen hinsichtlich der politischen Partizipation**

Wie die Ergebnisse der Expert\*inneninterviews zeigen, erleben Menschen mit Migrationshintergrund vielfältige Herausforderungen bezüglich ihrer politischen Partizipation (im Rahmen der Mitarbeit in Parteien und Parlamenten).

Einerseits ist dabei die Heimatorientierung und das Desinteresse an der deutschen Politik von Bedeutung, wie dies beispielsweise von F1 beschrieben wird. Andererseits beschreibt sie, dass das Desinteresse an der Politik zu einer geringeren politischen Partizipation führt (vgl. F1, Z. 28-33). Das Phänomen, dass das Interesse an der deutschen Politik bei Menschen mit



Migrationshintergrund geringer ausgeprägt ist, wird auch von Sauer beschrieben (vgl. Sauer 2016, S. 271). Das politische Interesse steht in einem Zusammenhang zur politischen Partizipation und beeinflusst diese (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 21; Westle 2001, S. 149; Weßels 2018, S. 350 f.), was erklären könnte warum Menschen mit Migrationshintergrund, die weniger politisch interessiert sind, ebenso weniger politisch partizipieren. Die Thematik der Zuwanderergeneration wird in diesem Zusammenhang von den Befragten nicht benannt, dennoch zeigen Müssig und Worbs, dass insbesondere die erste Zuwanderergeneration weniger politisch interessiert ist, als Menschen der zweiten Zuwanderergeneration oder Menschen ohne Migrationshintergrund (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 21 f.). Zwischen der zweiten Zuwanderergeneration und Menschen ohne Migrationshintergrund bestehen lediglich geringe Unterschiede (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 22). Sauer beschreibt den Einfluss von sozialen und demografischen Einflussfaktoren, die ein geringeres politisches Interesse bedingen, wie beispielsweise ein niedrigeres Bildungsniveau oder eine geringer ausgeprägte Arbeitsmarktteilhabe, was insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund betrifft (vgl. Sauer 2016, S. 274). Ebenso können die begrenzten rechtlichen Möglichkeiten politisch zu partizipieren ein geringeres politisches Interesse der Menschen mit Migrationshintergrund bedingen (vgl. Diehl/Blohm 2001, S. 403). Aufgrund der vorherigen Erläuterungen kann vermutet werden, dass ein Zusammenhang zwischen einem geringen politischen Interesse und einer geringen politischen Partizipation besteht.

Ebenso kommt dem Bildungsniveau mit Blick auf das Erlangen eines politischen Mandats eine Bedeutung zu. M2 beschreibt, dass eine hohe Bildung hinsichtlich der politischen Partizipation in Parlamenten einen hohen Stellenwert einnimmt, unabhängig vom Geschlecht und Migrationshintergrund (vgl. M2, Z. 419-423). Dieses Bild zeigen Schönwälder et al. auch für die im Rahmen ihrer Forschung befragten Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund, von denen 66% einen Hochschulabschluss aufwiesen (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 14). Menschen mit Migrationshintergrund weisen im Vergleich zu anderen Gruppen ein niedrigeres Bildungsniveau auf, was ihre politische Partizipation erschwert und sie deswegen weniger häufig in Parlamenten, wie dem Bundestag, vertreten sind (vgl. Fonseca 2006, S. 33). Auch Sauer sowie Cyrus und Vogel beschreiben, dass ein niedriges Bildungsniveau der Personengruppe mit Migrationshintergrund sich negativ auf das Interesse und Engagement im politischen Bereich auswirkt (vgl. Sauer 2016, S. 274; Cyrus/Vogel 2008, S. 35). Aufgrund dessen bedarf es dringend Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Integration führen und die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen verbessern (vgl. Sauer 2016, S. 257). Damit einhergehend, gilt es das politische Engagement der Menschen mit Migrationshintergrund in Parteien und Parlamenten zu erhöhen.

Die Expert\*inneninterviews zeigen außerdem, dass sich die Befragten im politischen Kontext teilweise mit Diskriminierungen konfrontiert sehen und Menschen mit Migrationshintergrund zunächst dafür kämpfen müssen, dass sie in der Gesellschaft anerkannt werden (vgl. M2, Z. 31-33). Ebenso bewirken die Hautfarbe und der Name, dass die politische Partizipation beziehungsweise die Wahl in ein Gremium für Menschen mit Migrationshintergrund erschwert ist (vgl. F3, Z. 121-124; M3, Z. 147-148). Diese fortwährende Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund hält an, insbesondere, wenn das Aussehen bestehenden rassistischen Stereotypen entspricht, was mit sozialer und kultureller Ausgrenzung einhergehen kann (vgl. Geisen 2016, S. 77). Außerdem zeigte sich in weiteren Forschungsarbeiten, dass beispielsweise türkische Namen im Vergleich zu deutschen Namen weniger gewählt werden, auch diesbezüglich wird ein diskriminierender Einfluss, der mit der Herkunft im Zusammenhang steht, deutlich (vgl. Street 2014, S. 378; Wüst 2011, S. 124 f.). In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass gesellschaftliche Barrieren vorherrschen und die Wahl von Menschen mit Migrationshintergrund in Parlamente erschweren. Es bedarf mehr Toleranz der Mehrheitsgesellschaft, um eine größere Vielfalt in der Politik zu ermöglichen, sodass ein ausländisch klingender Name eine Wahl nicht mehr erschwert.

Mit Blick auf die Politik und die aktive Mitarbeit in Parlamenten teilen mehrere Befragte die Auffassung, dass Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert sind (vgl. M1, Z. 40-43; M2, Z. 21-23; F2, Z. 12-15). Das Bild, dass Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Parlamentsebenen deutlich seltener vertreten sind als Menschen ohne Migrationshintergrund, wird auch in zahlreichen Publikationen aufgezeigt (vgl. Lokschin 2018, S. 122; Hossain et al. 2016, S. 125; Mediendienst Integration 2017). So hatten beispielsweise im Jahr 2011 nur 4% aller Ratsmitglieder in deutschen Großstädten einen Migrationshintergrund (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 23). Dies weist deutlich daraufhin, dass es in diesem Zusammenhang ein Repräsentationsdefizit der Menschen mit Migrationshintergrund in den deutschen Parlamenten gibt und Menschen mit Migrationshintergrund im Bereich der Politik mit Barrieren konfrontiert sind.

Jene Problematik führt ebenso dazu, dass die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund im politischen Kontext zu wenig Berücksichtigung finden (vgl. F3, Z. 172-176, M1, Z. 105-108). Sauer beschreibt in diesem Zusammenhang die Gefahr, dass eine geringe „Berücksichtigung [...] der Interessen von Migranten und die mangelnde Repräsentation dieser Bevölkerungsgruppe in den politischen Entscheidungsgremien [...] zudem zu einer Entfremdung vom politischen System und letztlich von der Gesellschaft insgesamt führen“ (Sauer 2016, S. 257) kann. Die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund gilt es aus diesem Grund im politischen

Kontext stärker zu berücksichtigen und im Zuge dessen, die Zahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund zu erhöhen, um einen Vertrauensverlust der Menschen mit Migrationshintergrund in deutsche Parlamente zu vermeiden (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 11). Andernfalls könnte es zu einer gravierenden Verstärkung der Problematik kommen, da sich diese beiden Faktoren gegenseitig negativ verstärken.

Doch einer Zunahme der Abgeordneten mit Migrationshintergrund stehen insbesondere die Strukturen der unterschiedlichen Parteien entgegen. Dabei wird durch mehrere Befragte eine mangelnde Offenheit der Parteien gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund benannt (vgl. F1, Z. 197-199; M3, Z. 77-80; F2, Z. 29-34). Die Offenheit der Parteien für Personen mit Migrationshintergrund wird auch von Wüst kritisch thematisiert (vgl. Wüst 2011, S. 129). Mit Blick auf die einzelnen Parteien zeigt sich, dass die Offenheit der Parteien unterschiedlich ausgeprägt ist, da die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP und Die Linke keine migrationspezifischen Beschränkungen für eine Mitgliedschaft in der Partei vorweisen (vgl. Lokschin 2018, S. 124, FDP 2019, S.3). Im Unterschied dazu gibt es bei der CDU und CSU Beschränkungen für die Mitgliedschaft in der Partei, da beispielsweise Menschen aus Drittstaaten, die Mitglied der CDU werden wollen, zuvor mindestens ein Jahr in Deutschland leben müssen (vgl. CDU 2020; CSU 2019, S. 7).

Von den Befragten wird insbesondere darauf verwiesen, dass ein ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in den Parteien begrüßt wird, da dies die Partei stärkt (vgl. M2, Z. 354-360; F1, Z. 159-165). Wenn allerdings die Bereitschaft und der Wunsch ein politisches Amt zu übernehmen geäußert werden, erleben die Befragten die Parteien weniger offen sie hierbei zu unterstützen (vgl. M2, Z. 354-360; F1, Z. 159-165). In diesem Zusammenhang scheinen die Beschreibungen von F1 und M1 treffend, die diese Offenheit der Parteien für Menschen mit Migrationshintergrund als Lippenbekenntnis beschreiben (vgl. F1, Z. 173-181; M1, Z. 254-257). Es zeigt sich, dass die Parteien nach außen versuchen ein Bild der Offenheit gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund zu vermitteln, dieses verflüchtigt sich jedoch schnell, wenn es darum geht einen Menschen dieser Personengruppe bei der Kandidatur um ein politisches Amt zu unterstützen. Hier scheint das kompetitive Umfeld innerhalb der Parteien eine Barriere für die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund darzustellen. Ob diese Barriere ebenfalls Menschen ohne Migrationshintergrund beziehungsweise andere unterrepräsentierte Gruppen betrifft, bleibt zu klären.

Diese Problematik zeigt sich ebenso in den parteiinternen Strukturen und der Platzierung der Menschen mit Migrationshintergrund auf Wahllisten. Das Thema der Liste wird von allen

Befragten kritisiert, da Menschen mit Migrationshintergrund meist auf hinteren Plätzen stehen (vgl. M1, Z. 111-124; M2, Z. 315-328; M3, Z. 109-112; F1, Z. 405-412; F2, Z. 42-48; F3, Z. 120-127). In diesem Zusammenhang wird auch die im vorherigen Abschnitt beschriebene Thematik nochmals deutlich, dass die Offenheit der Parteien gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund begrenzt ist. Laut F1 haben die Parteien die Möglichkeit die Wahllisten auf dem Parteitag zu verändern und könnten so aktiv dazu beitragen, dass Menschen mit Migrationshintergrund besser platziert werden und dadurch deren Wahrscheinlichkeit steigt, gewählt zu werden (vgl. F1, Z. 413-424). Auch Wüst beschreibt, dass die Parteien einen großen Einfluss auf die Listenplatzierung haben (vgl. Wüst 2011, S. 120). Die Offenheit der Parteien, Menschen mit Migrationshintergrund gut zu platzieren, ist sehr beschränkt und es scheint teilweise so, als würden Menschen mit Migrationshintergrund zur symbolischen Repräsentation platziert werden, welche nach außen Gleichberechtigung vermitteln soll (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 50). Ebenso thematisieren auch weitere wissenschaftliche Studien, dass die Parteien einen Einfluss auf die Platzierung der Menschen mit Migrationshintergrund auf der Liste haben und Menschen mit Migrationshintergrund schlechter platziert werden, als Menschen ohne Migrationshintergrund, und dieses Phänomen bei allen Parteien vorkommt und sich lediglich in der Ausprägung unterscheidet (vgl. Hossain et al. 2016, S. 189; Holtkamp/Garske 2018, S. 68). Dies betrifft sowohl Frauen als auch Männer mit Migrationshintergrund (vgl. Hossain et al. 2016, S. 189).

Damit zeigt sich, dass die Parteien und die Platzierung auf der Liste einen erheblichen Einfluss auf die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund haben. Dies ist insbesondere mit der Rolle, die Parteien in diesem Zusammenhang als gate keeper einnehmen, zu erklären (vgl. Hossain et al. 2016, S. 239). Dabei könnten die einflussreiche Rolle der Parteien, das etablierte politische System, sowie die etablierten Abgeordneten den Wandlungsprozess beschränken. Da mit einer Zunahme von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in Parlamenten einhergehen würde, dass etablierte Politiker\*innen nicht mehr zur Wahl antreten und ihr Mandat und die damit verbundene Verantwortung und Macht an einen Menschen mit Migrationshintergrund abgeben würden. Auch Schönwälder beschreibt den Machtverlust der etablierten Politiker\*innen als Barriere (vgl. Schönwälder 2010, S. 30). Diese Thematik spiegelt auch die Aussage von F1 wieder, die deutlich darauf hinweist, dass eine Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund in den Parlamenten bedeutet, dass die etablierten insbesondere deutschen Herren von ihren Ämtern zurücktreten müssten (vgl. F1, Z. 177-183). In diesem Zusammenhang ist kritisch zu hinterfragen, wie weit die Motivation, den Wandlungsprozess zu einer gleichberechtigten Teilhabe voranzutreiben, von Seiten des politischen Systems und den etablierten Politiker\*innen verfolgt und unterstützt wird.

Kritisch ist ebenso zu bewerten, dass Parteien laut M1 dazu neigen, das Themenfeld Migration und Integration an Menschen mit Migrationshintergrund zu übertragen (vgl. M1, Z. 166-176). Eine andere wissenschaftliche Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass 8% der Befragten mit Migrationshintergrund angeben, dass es ihnen im politischen Kontext schwerfällt ebenso als Expert\*in für ein anderes Politikfeld angesehen zu werden, auf 27% der Befragten trifft diese Problematik teilweise zu (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 56). Auch Wüst weist daraufhin, dass Parteien Abgeordneten die Rolle des\*r Expert\*in für Migrations- und Integrationsthemen (als zusätzliche Aufgabe) zuweisen und dies in besonderer Weise dann zutrifft, wenn die Abgeordneten sich bereits zuvor in diesem Themenbereich engagierten (vgl. Wüst 2011, S. 125 f.). Allerdings bedarf es einer verstärkten Einbindung der Personengruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in darüberhinausgehende Themen- und Arbeitsbereiche, um allgemein die Repräsentation und Integration dieser Gruppe im politischen Bereich zu verbessern.

Dieses Kapitel verdeutlicht, dass Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Partizipation in Parteien und Parlamenten mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert werden, zum einen auf gesellschaftlicher Ebene, sodass Menschen mit Migrationshintergrund beispielsweise aufgrund ihres Aussehens weniger gewählt werden. Zum anderen bestehen aber auch Herausforderungen, die auf der Ebene der Parteien zu verorten sind, diesbezüglich ist insbesondere die Platzierung auf der Liste, die den Wahlerfolg entscheidend beeinflusst, von Bedeutung.

## **7.2 Veränderungsmöglichkeiten zur Förderung der politischen Partizipation**

Nachfolgend sollen die Ergebnisse der Expert\*inneninterviews diskutiert werden, die sich mit Veränderungsmöglichkeiten befassen. In den Expert\*inneninterviews wird thematisiert, dass sich die Wertschätzung gegenüber der Personengruppe mit Migrationshintergrund verbessern muss und die Religionszugehörigkeit und das Aussehen an Einfluss verlieren sollen (vgl. M2, Z. 251-261; M2, Z. 273-278). Dementsprechend gilt es auf gesellschaftlicher Ebene, die von M2 benannten Diskriminierungen zu reduzieren, um die Teilhabechancen der Menschen mit Migrationshintergrund im Kontext der Parteien zu verbessern. Insofern bedarf es, zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, integrationspolitischer Maßnahmen, sodass der Migrationshintergrund (Aussehen, Religion), die Teilhabechancen dieser Personengruppe nicht behindern (vgl. Sauer 2016, S. 257). Diesbezüglich bedarf es beispielsweise auf kommunaler Ebene Konzepte, die zur Förderung der Integration beitragen, bestehendes Potenzial fokussieren, die Netzwerkarbeit einschließen und im Gemeinwesen verortet sind (vgl. Haug/Schmidbauer 2020, S. 71). Dabei sollte Integration nicht einseitig gedacht werden,

sondern „als Prozess von Anpassungsbewegungen aufseiten der Eingewanderten und der Aufnahmegesellschaft“ (Haug/Schmidbauer 2020, S. 71).

Auf politischer Ebene werden von den Befragten zahlreiche Veränderungsmöglichkeiten benannt, wobei M2 darauf hinweist, dass Parteien Menschen mit Migrationshintergrund und deren Kompetenzen und Erfahrungen als Gewinn ansehen und ihre Denkweise verändern sollten (vgl. M2, Z. 299-303). Mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund in den Parlamenten würden dazu beitragen, dass die Unterrepräsentation in den Parlamenten abnimmt und damit einhergehend die Interessen dieser Personengruppe wahrscheinlich mehr berücksichtigt werden. Zur Realisierung bedarf es Veränderungen in Parteien und insbesondere eine verstärkte Öffnung ebendieser (vgl. M1, Z. 266-267). Dass die Parteien Menschen mit Migrationshintergrund unterschiedlich offen gegenüberstehen, wurde in dieser Arbeit bereits thematisiert, in diesem Zusammenhang ist auch die Kritik von M1 zu verorten (vgl. Wüst 2011, S. 129). Diese fehlende Offenheit zeigt sich auch in den Zugangsbarrieren zu den Parteien, die es insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund beispielsweise bei der CDU und CSU bezüglich des Parteieintritts gibt (vgl. CDU 2020; CSU 2019, S.7). Die Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP und Die Linke zeigen sich diesbezüglich offener (vgl. FDP 2019, S. 3; Lokschin 2018, S. 124 f.).

Neben der Offenheit der Parteien bedarf es ebenso Veränderungen bei der Unterstützung der Menschen mit Migrationshintergrund im politischen Kontext, dies wird von den Befragten insbesondere bezüglich der Listenplatzierung thematisiert (vgl. M2, Z. 338-348; F1, Z. 407-412). Veränderungen wünschen sich die Befragten dahingehend, dass Menschen mit Migrationshintergrund auf sicheren Listenplätzen stehen, um die Anzahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund zu erhöhen (vgl. F1, Z. 396-399). Mit Blick auf die Praxis der Parteien zeigt sich, „dass keine Parteiführung bei der Listenerstellung freiwillig mehr als einen aussichtsreichen Platz an einen Kandidaten mit Migrationshintergrund vergibt“ (Schmitz/Wüst 2011, S. 860) und die Problematik der Platzierung auf Listen im Fokus steht. Von F1 und F2 wird dabei das Potenzial zur Veränderung dieser Problematik von Seiten der Partei thematisiert, beispielsweise durch eine Selbstverpflichtung die Listen diverser zu gestalten (vgl. F1, Z. 407-412; F2, Z. 313-318). Dieser Vorschlag von F1 und F2 ist im Rahmen der zuvor bereits thematisierten Offenheit der Parteien kritisch zu hinterfragen. Eine bessere Platzierung von Menschen mit Migrationshintergrund könnte vermutlich nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn die etablierten Parteien sich mehr gegenüber der Personengruppe der Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und diese unterstützen. Deswegen sollte diese Öffnung dem weiteren Veränderungsprozess vorgeschaltet sein. Eine weitere Möglichkeit die Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in

Parlamenten zu steigern könnte die Etablierung einer Quote sein, beziehungsweise die zuvor benannte Selbstverpflichtung der Parteien Menschen mit Migrationshintergrund mehr zu unterstützen.

Ein weiterer Veränderungsbedarf wird von M2 und M3 benannt. Parteien sollen Menschen mit Migrationshintergrund proaktiv hinsichtlich eines Engagements in der Partei, beispielsweise für eine Kandidatur, ansprechen (vgl. M2, Z. 462-468; M3, Z. 211-217). Mit Blick auf die Ergebnisse der Expert\*inneninterviews zeigt sich, dass dies von den Parteien bereits angewendet wird, da die Befragten mehrheitlich angeben, von Parteien oder Parteimitgliedern bezüglich eines politischen Engagements angesprochen worden zu sein (vgl. Kapitel 6.1.2). Beispielsweise wurde M1 vom Oberbürgermeister der Stadt angesprochen und M3 wurde von der Partei aktiv zu Treffen eingeladen (vgl. M1, Z. 208-211; M3, Z. 135-143). Auch Wüst sieht die Möglichkeit der aktiven Rekrutierung durch Parteien im gesellschaftlichen Kontext (vgl. Wüst 2011, S. 118). Es bleibt jedoch zu bezweifeln, dass die positiven Erfahrungen von M1 und M3, angesichts der Unterrepräsentation der Menschen mit Migrationshintergrund in Parteien und Parlamenten, verallgemeinert werden können. In diesem Zusammenhang sehen Schmitz und Wüst bei der Personengruppe mit Migrationshintergrund Herausforderungen, beispielsweise die Strukturen innerhalb der Parteien (vgl. Schmitz/Wüst 2011, S. 854). Trotzdem bietet die proaktive Rekrutierung durch die Parteien eine Möglichkeit, die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Parteien und Parlamenten zu erhöhen. Dafür bedarf es die zuvor mehrfach benannte Offenheit der Parteien, diese Personengruppe unterstützen und fördern zu wollen. Der Veränderungsprozess sollte demnach bei strukturellen Veränderungen der Parteien beginnen.

Weiterhin zeigen die Expert\*inneninterviews, dass sich die Mehrheit der Befragten vor ihrem eigentlichen politischen Engagement in einem Parlament und dem Eintritt in die Partei bereits in Vereinen, dem Ausländerbeirat oder politischen Jugendorganisationen engagierten (vgl. M1, Z. 196-203; M2, Z. 161-165; F2, Z. 95-100; F3, Z. 241-244). Durch M1 und M2 wird darauf verwiesen, dass ein Engagement in einem Verein, einer Gewerkschaft, einer Initiative, beziehungsweise ein gesellschaftliches Engagement den Weg zu einem politischen Mandat erleichtern (vgl. M1, Z. 239-248, M2, Z. 217-220). Auch die Forschungsarbeit von Schönwälder et al. zeigt, dass viele der Ratsmitglieder vor dem Erlangen des Mandats im Parlament in Gewerkschaften oder Initiativen partizipierten (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 50). Die Förderung der allgemeinen gesellschaftlichen Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund könnte sich positiv auswirken und als Grundlage für eine verstärkte politische Partizipation dieser Gruppe in Parlamenten gelten.

Von den Befragten wird ebenso das verstärkte Sichtbarmachen von positiven Vorbildern als Möglichkeit thematisiert, Menschen mit Migrationshintergrund zu motivieren sich in Parteien zu engagieren (vgl. F1, Z. 60-64; F3, Z. 284-287). Die Bedeutung von Vorbildern und die motivierende Wirkung, hinsichtlich eines politischen Engagements, wird auch von Schönwälder et al. benannt (vgl. Schönwälder et al. 2011, S. 67). In diesem Zusammenhang betont M1, dass die Medien diese positiven Beispiele und Erfolgsgeschichten von Menschen mit Migrationshintergrund, welche in Parteien und Gremien aktiv sind, mehr berücksichtigen müssen, da dies die Aufmerksamkeit für dieses Thema verstärkt (vgl. M1, Z. 299-311).

Es gibt vielfältige Möglichkeiten die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Parlamenten und Parteien zu fördern. Dennoch zeigt sich, dass insbesondere die Offenheit und die Bereitschaft der Parteien ein entscheidendes Kriterium ist, um Veränderungsprozesse anzustoßen. Somit ist es für eine Zunahme der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund unabdingbar, die intrinsische Motivation und die Bereitschaft zur Aufnahme dieser Personengruppe innerhalb der Partei zu fördern und zu bestärken.

### **7.3 Geschlechtsspezifische Perspektive**

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Perspektive zeigt sich, dass dieses Thema insbesondere von den befragten Frauen thematisiert wird, was mit der eigenen Betroffenheit erklärt werden könnte. Von einem Mann wird benannt, dass Frauen mit Migrationshintergrund in Parlamenten und in den Parteien weniger vertreten sind und es bei einer Kandidatur schwerer haben (vgl. M2, Z. 434-436).

F1 benennt die Geschlechterrolle der Frau und bezieht sich dabei auf die Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik (vgl. F1, Z. 131-140). In diesem Zusammenhang betont F1 außerdem, dass Frauen früh heiraten, Kinder erziehen und ihnen wenig Zeit für ein ehrenamtliches, politisches Engagement zur Verfügung steht (vgl. F1, Z. 109-123; F1, Z. 131-140). Dieses Phänomen der mangelnden Vereinbarkeit sowie Rollenzuschreibung, wird im Kontext der aktiven politischen Partizipation auch für Frauen ohne Migrationshintergrund beschrieben (vgl. Kletzing/Lukoschat 2014, S. 8; Lukoschat/Bleschner 2014, S. 57; Bieber 2013, S. 50 f.). Die Frage der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik erleben Frauen dementsprechend unabhängig von einem Migrationshintergrund in Deutschland.

Weiterhin gibt es für Frauen mit Migrationshintergrund Barrieren, die auf die Strukturen innerhalb der Politik sowie der Parteien zurückzuführen sind. F2 beschreibt, dass die aktive politische Partizipation in Parteien und Parlamenten für Frauen mit Migrationshintergrund nochmals



schwerer ist als für Frauen ohne Migrationshintergrund (vgl. F2, Z. 44-48). Dies zeigt sich auch mit Blick auf die Parlamente von Kommunen mit über 20.000 Einwohner\*innen, denn der Anteil der Kommunalpolitikerinnen mit Migrationshintergrund beträgt gerade mal 0,99% und liegt für Kommunalpolitiker mit Migrationshintergrund ebenfalls nur bei niedrigen 1,8% (vgl. Hossain et al. 2016, S. 104 f.). Der Anteil der Kommunalpolitikerinnen ohne Migrationshintergrund liegt im Unterschied dazu bei 26,16% (Hossain et al. 2016, S. 104 f.). Somit zeigt sich, dass Frauen mit Migrationshintergrund insbesondere in kommunalen Parlamenten weniger partizipieren als Männer. In diesem Zusammenhang gilt es zu hinterfragen, wieso weniger Frauen mit Migrationshintergrund in den kommunalen Parlamenten vertreten sind und ob dies auf Barrieren innerhalb der Parteien zurückzuführen ist oder ob sich Frauen mit Migrationshintergrund allgemein weniger um ein aktives politisches Engagement in Parteien und Parlamenten bemühen. Da Müssig und Worbs darauf verweisen, dass Frauen mit Migrationshintergrund sowohl elektoral als auch nicht-elektoral weniger politisch partizipieren, könnte dies auch den geringen Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund in den kommunalen Parlamenten erklären (vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 33; S. 40).

Von F2 wird ebenso beschrieben, dass sie bei der Platzierung auf der Wahlliste die Erfahrung machte mit einem männlichen Kollegen ohne Migrationshintergrund, um einen Listenplatz zu konkurrieren (vgl. F2, Z. 149-155). F2 beschreibt diesbezüglich, dass sie um die Position kämpfen musste und einen Listenplatz unter dem zuvor angesprochenen Mann annahm, um den Frieden innerhalb der Partei zu wahren (vgl. F2, Z. 140-144). Aufgrund dieser Erläuterung kann vermutet werden, dass Parteien Frauen nur begrenzt unterstützen und es unzureichende aktive Bemühungen gibt.

F3 beschreibt, dass sie sich aufgrund ihres Migrationshintergrundes im politischen Kontext damit konfrontiert sieht, dass ihre Kompetenzen hinterfragt werden (vgl. F3, Z. 457-460). Auch Kommunalpolitikerinnen ohne Migrationshintergrund machen die Erfahrung, dass ihre Kompetenzen unterschätzt werden und diese mehr leisten müssen, um sich zu beweisen und Führungspositionen zu erreichen (vgl. Lukoschat 2017, S. 39). In diesem Zusammenhang kann hinterfragt werden, ob das zuvor beschriebene Thema, dass von Frauen im politischen Kontext mehr verlangt wird und ihre Kompetenzen hinterfragt werden, für Frauen im Allgemeinen gilt, oder ob Frauen mit Migrationshintergrund, wie von F3 beschrieben, eine besondere Betroffenheit aufweisen. Diese Problematik, dass die Kompetenzen der Frau unterschätzt werden bedingt das Selbstbild, dass Frauen sich im politischen Kontext weniger kompetent einschätzen als Männer

und sich dies wiederum beschränkend auf die politische Partizipation von Frauen auswirkt (vgl. Westle 2001, S. 151 ff.).

Des Weiteren wird von den Befragten beschrieben, dass diese sich mit Diskriminierungen, Vorurteilen beziehungsweise Stereotypen im Kontext ihrer politischen Arbeit konfrontiert sehen, welche sie auf ihr Geschlecht sowie ihren Migrationshintergrund zurückführen. Beispielsweise thematisiert F2, dass sie von männlichen Parteikollegen bezüglich ihrer deutschen Sprachkenntnisse unterschätzt wird und sie sich dadurch diskriminiert sieht (vgl. F2, Z. 251-261). Auch von Kletzing und Lukoschat wird beschrieben, dass Frauen im Bereich der Politik mit Diskriminierungen konfrontiert werden, die sich beispielsweise durch offene, diskriminierende Äußerungen zeigen können (vgl. Kletzing/Lukoschat 2014, S. 32). Dementsprechend erfahren Frauen im Allgemeinen im politischen Kontext Diskriminierungen. Inwiefern hierbei ein Migrationshintergrund diese Diskriminierungen nochmals verschärft, kann an dieser Stelle nicht bestimmt werden.

Zudem führt F3 aus, dass die Diskriminierung von Frauen mit Migrationshintergrund im politischen Kontext auch mit der Vorstellung verbunden ist, wie eine erfolgreiche Politikerin auszu- sehen hat (vgl. F3, Z. 384-386). Wenn eine Abgeordnete diesem vorherrschenden Bild nicht entspricht, geht damit einher, dass diese als weniger kompetent eingeschätzt wird (vgl. F3, Z. 457-460). F3 beschreibt die vermeintlich erfolgreiche Politikerin als blonde, große Frau mit „Kostümchen“ (vgl. F3, Z. 382-386). Dass dem äußeren Erscheinungsbild von Frauen im politischen Kontext eine große Bedeutung zugeschrieben wird, zeigt sich auch in verschiedenen Publikationen (vgl. Kletzing/Lukoschat 2014, S. 31; Lukoschat/Bleschner 2014, S. 61; Lukoschat 2017, S. 39). In diesem Zusammenhang ist wieder zu hinterfragen, ob Frauen im Allgemeinen diese Diskriminierung in Parteien und Parlamenten erleben, oder ob Frauen mit Migrationshintergrund eine besondere Betroffenheit aufweisen. Unabhängig davon ist es allgemein kritisch zu betrachten, dass Frauen zu ihrem äußeren Erscheinungsbild Diskriminierung erfahren.

Zur Verbesserung der politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund im Bereich der Parteien und Parlamente, wird unter anderem die Unterstützung durch spezifische Netzwerke innerhalb der Parteien benannt. Diesbezüglich benennen die Befragten sowohl Frauennetzwerke sowie Netzwerke für Personen mit Migrationsintergrund (vgl. F2, Z. 210-220; F2, Z. 282-290). Die unterstützende Wirkung eines politischen Frauennetzwerks wird auch in unterschiedlichen Publikationen thematisiert (vgl. Kletzing/Lukoschat 2014, S. 34; Holtkamp/Schnittke 2010, S. 217 f.). Holtkamp und Schnittke beschreiben, dass es insbesondere in der SPD ein gut ausgeprägtes Frauennetzwerk gibt und weisen darauf hin, dass Netzwerke die

Repräsentation von Frauen in Parlamenten verbessern können (vgl. Holtkamp/Schnittke 2010, S. 217 f.). Die Zusammenarbeit in einem Netzwerk stellt einen geschützten Rahmen dar, sodass sich Frauen gegenseitig unterstützen und ihre Erfahrungen austauschen können. Von F2 wird beschrieben, dass beim Frauennetzwerk der SPD nur Frauen teilnehmen können und stimmberechtigt sind (vgl. F2, Z. 210-220). Dies bietet die Möglichkeit frauenspezifische Herausforderungen in Parteien zu thematisieren und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Da sich ein Frauennetzwerk einer Partei explizit an Frauen richtet, geht mit der Netzwerkarbeit eine Förderung der politischen Partizipation von Frauen im Allgemeinen einher. Die Etablierung von Netzwerken für Frauen mit Migrationshintergrund könnte die Partizipation ebendieser Frauen in Parteien und Parlamenten weiter voranbringen. Aktuell gibt es wenige Frauen mit Migrationshintergrund, die politisch in Parteien und Gremien partizipieren, sodass die Gründung eines überregionalen Netzwerks sinnvoll wäre.

Von F2 wird ebenso beschrieben, dass die Parteien Frauen mit Migrationshintergrund besser ansprechen müssen und benennt diesbezüglich beispielsweise eine Diskussionsreihe, die hinsichtlich der Themen so gestaltet ist, dass insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund angesprochen werden (vgl. F2, Z. 232-239). Eine solche Diskussionsreihe kann in doppelter Hinsicht die politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund steigern, da die Parteien die Personengruppe der Frauen mit Migrationshintergrund ansprechen und damit einhergehend eine Offenheit gegenüber dieser Personengruppe vermitteln. Wenn diese Diskussionsreihe von Politikerinnen mit Migrationshintergrund geleitet wird, könnte dies die Identifikation der adressierten Zielgruppe mit der Partei nochmals stärken und die Politikerin mit Migrationshintergrund als Vorbild angesehen werden. Dementsprechend können Veranstaltungen mit einer zielgerichteten Umsetzung und Konzeption insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund ansprechen und zu einer Steigerung der Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund beitragen.

Zur Förderung der Mitarbeit von Frauen mit Migrationshintergrund in Parteien und Gremien wird von F1 und F2 auf die Bedeutung der Sichtbarkeit von Frauen mit Migrationshintergrund hingewiesen und die Vorbildfunktion thematisiert (vgl. F1, Z. 141-146; F2, Z. 239-243). Auch von Kletzing und Lukoschat wird hinsichtlich der politischen Partizipation von Frauen im Allgemeinen darauf verwiesen, dass bereits aktive Politikerinnen als Rollenvorbilder gelten können und dies von den Parteien im Rahmen der Werbung mehr genutzt werden sollte (vgl. Kletzing/Lukoschat 2014, S. 63). Die Thematisierung von erfolgreichen Frauen in Spitzenämtern der Kommunalpolitik und ein drauf gerichteter Fokus in Veröffentlichungen könnte eine Steigerung der

Repräsentanz von Frauen in der Politik nach sich ziehen (vgl. Lukoschat 2017, S. 41). In den zuvor benannten Publikationen wird die gezielte Nutzung der Vorbildfunktion für die Steigerung der Repräsentation von Frauen in Parlamenten allgemein thematisiert. Es ist davon auszugehen, dass solche Maßnahmen auch mit Blick auf die im doppelten Sinne marginalisierte Gruppe der Frauen mit Migrationshintergrund wirksam wären.

Dieses Kapitel zeigt, dass Frauen in der Politik unterrepräsentiert sind und Frauen mit Migrationshintergrund eine doppelte Betroffenheit aufweisen. Andererseits wird in der Literatur auch das Phänomen beschrieben, dass bei einigen Fraktionen in der Personengruppe der Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund ein höherer Frauenanteil auftritt als in der Gruppe der Ratsmitglieder ohne Migrationshintergrund (siehe oben, vgl. Roth 2018, S. 642; Holtkamp et al. 2013, S. 35). Insofern erweisen sich insbesondere die Maßnahmen, die in unterschiedlichen Publikationen zur Verbesserung der Teilhabe von Frauen im politischen Kontext benannt werden, vermutlich auch für die Personengruppe der Frauen mit Migrationshintergrund als geeignet. Ebenso zeigt sich, dass der Forschungsstand zur aktiven Mitarbeit in Parteien und Parlamenten bezüglich Frauen mit Migrationshintergrund derzeit noch verbesserungsbedürftig ist.

#### **7.4 Limitation der Forschungsarbeit**

Die vorliegende Arbeit leistet einen wissenschaftlichen Beitrag zum Themenfeld der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere mit Blick auf die Teilhabe in Parteien und Parlamenten. Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass die im Rahmen dieser Arbeit dargestellten Ergebnisse, sich lediglich auf sechs Expert\*inneninterviews mit vornehmlich in der Kommunalpolitik aktiven Politiker\*innen mit Migrationshintergrund stützen, mit Ausnahme einer Befragten, die Abgeordnete im Landtag ist. Diesbezüglich beziehen sich die Ergebnisse insbesondere auf die Ebene der Kommunalpolitik, sodass weitere Forschungsarbeiten mit Fokus auf die Landes- und Bundespolitik wichtig wären. Allerdings ist die Kommunalpolitik von tragender Bedeutung, da diese zumeist die erste Station einer politischen Karriere ist.

Ebenso ist die Aussagekraft der Forschungsarbeit begrenzt, da nicht Politiker\*innen mit Migrationshintergrund aller etablierten Parteien befragt werden konnten, da sich zum Zeitpunkt der Datenerhebung nur Teilnehmer\*innen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie einer regionalen Partei zur Teilnahme an einem Expert\*inneninterview bereit erklärten. Aufgrund der unterschiedlich ausgeprägten Offenheit der Parteien gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Wüst 2011, S. 129; Lokschin 2018, S. 124) wäre es von zentraler Bedeutung, auch die

anderen Parteien in weiteren Forschungsarbeiten zu berücksichtigen, um diese Thematik differenzierter abbilden zu können.

Ebenso sind die Ergebnisse nicht auf die gesamte in Deutschland lebende Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund übertragbar, da beispielsweise keine Spätaussiedler\*innen befragt wurden. Zudem weist die Hälfte der Befragten einen türkischen Migrationshintergrund auf. Entsprechend der qualitativen Forschungsmethode ist eine Generalisierung somit weder möglich noch beabsichtigt. Dennoch zeigt die vorliegende Arbeit auf, welche Aspekte hinsichtlich der politischen Partizipation für die befragten Personen mit Migrationshintergrund von Relevanz sind.

## **8 Fazit und Ausblick**

Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ist im wissenschaftlichen Kontext von großer Relevanz und findet auch medial eine große Aufmerksamkeit (vgl. Kapitel 1). Der aktuelle Forschungsstand (vgl. Kapitel 3) zeigt diesbezüglich deutlich, dass Menschen mit Migrationshintergrund weniger politisch partizipieren als Menschen ohne Migrationshintergrund. Da insbesondere der Forschungsstand zur aktiven Partizipation in Parteien und Parlamenten lückenhaft ist, soll diese Forschungsarbeit einen wichtigen Beitrag zur Forschung in diesem spezifischen Themenfeld liefern.

Auf Grundlage von sechs leitfadengestützte Expert\*inneninterviews mit Politiker\*innen mit Migrationshintergrund, die insbesondere im Bereich der Kommunalpolitik aktiv sind, wurden Herausforderungen und Veränderungsmöglichkeiten bezüglich der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund untersucht. Dabei wurde ebenso die Zielsetzung verfolgt geschlechtsspezifische Herausforderungen, die Frauen mit Migrationshintergrund bezüglich ihrer Mitarbeit in Parteien und Parlamenten erfahren, zu untersuchen. Aufgrund dessen ist die Stichprobe paritätisch bestimmt worden, sodass je drei weibliche und männliche Personen befragt wurden.

Die vorliegende Forschungsarbeit zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich bezüglich ihrer politischen Partizipation mit unterschiedlichsten Herausforderungen konfrontiert sehen. Dabei sind insbesondere zwei Faktoren von Relevanz, die sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf (partei-) politischer Ebene verortet sind (vgl. Kapitel 6.1.1). Auf gesellschaftlicher Ebene zeigt sich, dass Politiker\*innen mit Migrationshintergrund aufgrund ihres Aussehens, ihrer Hautfarbe oder auch aufgrund ihres Namens weniger gewählt werden als Politiker\*innen ohne Migrationshintergrund (vgl. Kapitel 6.1.1; Kapitel 7.1). Zur Bewältigung dieser Problematik wäre es

von zentraler Bedeutung, die aktuell bestehenden Stereotype zu überwinden, um die politische Teilhabe dieser Personengruppe zu fördern.

Auf der anderen Seite erschweren aber auch die aktuellen, politischen Strukturen die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Parteien und Parlamenten. In diesem Zusammenhang erweist sich unter anderem die Platzierung auf einer Wahlliste als Herausforderung (vgl. Kapitel 6.1.1; Kapitel 7.1) und dass Parteien sich unterschiedlich offen gegenüber der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund zeigen (vgl. Lokschin 2018, S. 124; CDU 2020). Hinzu kommt, dass die Parteien bei der Platzierung auf Wahllisten wirkmächtig sind und Menschen mit Migrationshintergrund zumeist auf hinteren Plätzen verortet sind (vgl. Kapitel 7.1; Kapitel 6.1.1; Schönwälder et al. 2011, S. 50; Wüst 2011, S. 120). Diesbezüglich ist die Aussage von F1, die den oft geäußerten Wunsch der Parteien, den Querschnitt der Bevölkerung in den Parlamenten abbilden zu wollen, als Lippenbekenntnis versteht (vgl. F1, Z. 173-176), treffend, da sich dies mit Blick auf die Parlamente nicht bestätigt.

Hinsichtlich der Veränderungsmöglichkeiten der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund kann wieder zwischen Veränderungen, die sich auf die gesellschaftliche Ebene beziehen, sowie Veränderungen, die auf der politischen Ebene ansetzen, unterschieden werden (vgl. Kapitel 6.1.3; Kapitel 7.2). Auf gesellschaftlicher Ebene wird insbesondere der Veränderungsbedarf von den Befragten thematisiert, dass es mehr Wertschätzung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund bedarf, damit die politische Partizipation ebendieser zunimmt (vgl. M2, Z. 251-261; M2 Z. 273-278).

Zentrale Veränderungsmöglichkeiten auf politischer Ebene sind der Vollzug einer Öffnung der Parteien und das Vorweisen konkreter Pläne, wie die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert werden soll (vgl. M1, Z. 266-267). Ebenso ist die Platzierung von kompetenten und qualifizierten Menschen mit Migrationshintergrund auf aussichtsreichen Listenplätzen wichtig, um die Repräsentanz in den Gremien zu steigern (vgl. F1, Z. 419-425; F1, Z. 407-409; F3, Z. 131-134). Weiterhin sollen die Parteien Menschen mit Migrationshintergrund proaktiv ansprechen und fördern (vgl. M2, Z. 462-468), beziehungsweise die Programme der Parteien so gestaltet sein, dass diese Menschen mit Migrationshintergrund gezielter ansprechen (vgl. F1, Z. 245-250). Eine weitere zentrale Veränderungsmöglichkeit in diesem Bereich ist, dass bereits aktive Politiker\*innen mit Migrationshintergrund stärker sichtbar gemacht werden müssen, da diese für die Personengruppe der Menschen mit Migrationshintergrund ein Vorbild sein können (vgl. F1, Z. 60-64; M1, Z. 299-311). Wie die vorherige Aufzählung zeigt, gibt es zahlreiche Möglichkeiten, die zu einer höheren Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund

in Parteien und Parlamenten beitragen könnten. Allerdings bedarf es einer aktiven Umsetzung durch die Parteien beziehungsweise die Politik und die Gesellschaft, um diese Veränderungen erfolgreich zu initiieren (vgl. Kapitel 6.1.3; Kapitel 7.2).

Hinsichtlich der politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund zeigt die vorliegende Forschungsarbeit, dass dieses Thema von den weiblichen Befragten ausführlicher und detaillierter aufgegriffen wird, was vermutlich auf die eigene Betroffenheit zurückzuführen ist. Von den befragten Politikerinnen sind klassische Rollenbilder sowie die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik als Herausforderung thematisiert worden (vgl. F1, Z. 112-115), was in Publikationen auch für Frauen ohne Migrationshintergrund beschrieben wird (vgl. Kletzing/Lukoschat 2014, S. 8). Eine weitere Herausforderung ist, dass Frauen, insbesondere in direkter Konkurrenz zu Männern, mehr um ihre Rolle und Position kämpfen müssen und die Politik zudem männerdominiert ist, was auf Frauen abschreckend wirkt (vgl. F2, Z. 153-155; F1, Z. 331-335). Hinzu kommt, dass es für Frauen mit Migrationshintergrund nochmals schwieriger ist einen aussichtsreichen Listenplatz einzunehmen, als für Frauen im Allgemeinen (vgl. F2, Z. 45-52). Als weitere Herausforderungen werden von den Frauen Stereotype benannt, mit denen sie im politischen Alltag konfrontiert werden. Konkret bedeutet dies zum einen, dass die Kompetenzen der Frauen unterschätzt werden (vgl. F2, Z. 251-256). Zum anderen sind in der deutschen Politik Vorstellungen vorherrschend, wie eine erfolgreiche Politikerin auszusehen hat, dieses Bild kann von Frauen mit Migrationshintergrund zumeist nicht erfüllt werden (vgl. F3, Z. 393-398; F3, Z. 403-406; Kapitel 7.3).

Zur Verbesserung der politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund scheinen ähnliche Möglichkeiten relevant, wie diese bereits zuvor zur Verbesserung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen benannt wurden (vgl. Kapitel 6.1.4; Kapitel 7.3). Einerseits sollen positive Vorbilder zur Verbesserung der politischen Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund beitragen (vgl. F2, Z. 239-246), andererseits sollen aktiv Frauen mit Migrationshintergrund durch Diskussionsrunden angesprochen und dadurch für die politische Mitarbeit gewonnen werden (vgl. F2, Z. 233-239). Als weitere Möglichkeit, zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen (mit Migrationshintergrund), wird die gegenseitige Unterstützung durch parteiinterne Netzwerke benannt (vgl. F1, Z. 285-290; F2, Z. 210-220).

Bereits zu Beginn dieser Arbeit wurde darauf hingewiesen, dass Menschen mit Migrationshintergrund auf den unterschiedlichen Ebenen der Parlamente unterrepräsentiert sind (vgl. Kapitel 3.1). Auf Grundlage der Expert\*inneninterviews konnten Herausforderungen und Möglichkeiten

benannt werden, wie die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund, sowie von Frauen mit Migrationshintergrund im Speziellen, verbessert werden können. In weiteren Forschungsarbeiten wäre es aufgrund der vorherigen Ergebnisse wichtig, in den Blick zu nehmen, ob gezielte Informationen über Partizipationsmöglichkeiten das aktive Engagement steigern. Ein weiterer Weg, die Forschung im Bereich der politischen Partizipation voranzutreiben, wäre eine Analyse welche Bemühungen von Seiten der Parteien aktiv zur Förderung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund unternommen werden und welche Programme zur Förderung genutzt werden. Ebenso wäre es aufschlussreich, Wähler\*innen bezüglich ihres Wahlverhaltens zu befragen, um näher bestimmen zu können, wieso ein ausländisch klingender Name oder die Hautfarbe eines\*r Kandidat\*in ein Nachteil, bei einer politischen Kandidatur sein können.

Das Thema der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund bedarf in Zukunft weiterhin mehr Berücksichtigung im Bereich der sozialwissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen Forschung, um langfristig die Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund sowie deren Interessen zu verbessern. Denn eine mangelnde Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund sowie eine mangelnde Repräsentation derer kann zu einer Entfremdung dieser Personengruppe hinsichtlich des politischen Systems, der Gesellschaft im Allgemeinen und damit zu einer Schädigung der Demokratie führen (vgl. Sauer 2016, S. 257; Roth 2017, S. 243). In diesem Zusammenhang bedarf es mehr aktiver Bemühungen der etablierten Parteien, sowie eine verstärkte Offenheit der Parteien, damit die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund nicht mehr nur ein Lippenbekenntnis ist.



## Literaturverzeichnis

- Baer, Susanne/Bittner, Melanie/Götttsche, Anna Lena (2010). Expertise. Mehrdimensionale Diskriminierung – Begriffe, Theorien und juristische Analyse, (online: [https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/expertise\\_mehrdimensionale\\_diskriminierung\\_jur\\_analyse.pdf;jsessionid=63ABFA26F1A8F622E41D398AAB5AF728.2\\_cid369? blob=publicationFile&v=3](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/expertise_mehrdimensionale_diskriminierung_jur_analyse.pdf;jsessionid=63ABFA26F1A8F622E41D398AAB5AF728.2_cid369?blob=publicationFile&v=3); abgerufen am: 08.03.2021).
- Bergmann, Jan/Dienelt, Klaus/Samel, Kai-C. (2020): AufenthG § 47 Rn. 2-4. In: Bergmann, Jan/Dienelt, Klaus (Hrsg.): Ausländerrecht: Aufenthaltsgesetz, Freizügigkeitsgesetz/EU und ARB 1/80 (Auszug), Grundrechtecharta und Artikel 16a GG, Asylgesetz: Kommentar. 13. Auflage. München: C. H. Beck, S. 836-842.
- Bieber, Ina-E. (2013): Frauen in der Politik. Einflussfaktoren auf weibliche Kandidaturen zum Deutschen Bundestag, Wiesbaden: Springer VS.
- Blätte, Andreas (2015): Die Stimmen der Migranten im Bundestagswahlkampf 2013. In: Korte, Karl-R. (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 211-241.
- BR 24 (2020): CSU-Spitze erfreut über muslimischen Bewerber in Neufahrn, (online: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/csu-spitze-erfreut-ueber-muslimischen-kandidaten-in-neufahrn,RnZb1M6>; abgerufen am: 15.10.2020).
- CDU (2020): Fragen und Antworten zur Mitgliedschaft. (online: <https://www.cdu.de/artikel/fragen-und-antworten-zur-mitgliedschaft>; abgerufen am: 14.08.2020).
- Crenshaw, Kimberlé W.(1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory, and Antiracist Politics. In: The University of Chicago Legal Forum 139, 139 – 167.
- CSU (2019): Satzung der christlichen sozialen Union, (online: [https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/partei/satzung/Satzung\\_komplett.pdf](https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/partei/satzung/Satzung_komplett.pdf); abgerufen am: 10.10.2020).
- Cyrus, Norbert (2005): Active Civic Participation of Immigrants in Germany, (online: <http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/Germany.pdf>; abgerufen am: 13.06.2020).

- Cyrus, Norbert/Vogel, Dita (2008): Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten. Oldenburg: Universität Oldenburg, (online: [http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/WP13\\_CyrusVogelPartizipationDeutsch2008.pdf](http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/WP13_CyrusVogelPartizipationDeutsch2008.pdf); abgerufen am: 31.10.2020).
- Diehl, Claudia/Blohm, Michael (2001): Apathy, Adaption or Ethnic Mobilisation? On the Attitudes of a Politically Excluded Group, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Jg. 27, Heftnr. 3, S. 401-420.
- FDP (2019): Bundessatzung. Geschäftsordnung zur Bundessatzung. (online: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2020/01/14/fdp-bundessatzung-broschuere-2019-10.pdf>; abgerufen am: 10.10.2020).
- Flick, Uwe (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. 5. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Reinbek: Rowolth Taschenbuch Verlag.
- Fonseca, Sara C. da (2006): Neue Bürger-Neue Kandidaten? Die Parteien im Wettstreit um Migrantenstimmen. In: WZB Mitteilung. Heft 114, S. 32-35.
- Friebertshäuser, Barbara/Langer, Antje (2013): Interviewformen und Interviewpraxis. In: Friebertshäuser, Barbara/Langer, Antje/ Prengel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. 4. durchgesehene Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S.437-455.
- Fuchs, Florian/Przybilla, Olaf/Schnell, Lisa/Wittl, Wolfgang (2020): "Es ist kein Problem eines Dorfes", (online: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/wallerstein-csu-buergermeisterkandidat-sener-sahin-1.4746982>; abgerufen am: 01.10.2020).
- Geisen, Thomas (2016): Nationalstaat, Fremdheit und Grenzen: Migration und Minderheiten als zentrale Herausforderung für die Demokratie im 21. Jahrhundert. In: Eigenmann, Philipp/Geisen, Thomas/Studer, Tobias (Hrsg.): Migration und Minderheiten in der Demokratie Politische Formen und soziale Grundlagen von Partizipation. Wiesbaden: Springer VS, S. 63-82.
- Gutmann, Carolin (2019): Wenn politische Beteiligung als „Luxus“ erlebt wird. Eine Gruppendiskussion über politische Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund. Masterarbeit, OTH Regensburg, FORSCHUNGSVERBUND FORDEMOCRACY Working Paper Nr. 1,

(online: <https://f.hypotheses.org/wp-content/blogs.dir/5280/files/2020/01/For-Dem-Working-Paper-Gutmann-Projekt-Haug.pdf>; abgerufen am: 31.10.2020).

Haug, Sonja/Schmidbauer, Simon (2020): Integrationskonzepte und Messung von Integration auf kommunaler Ebene. In: Spieker, Michael/Hofmann, Christian (Hrsg.): Integration. Teilhabe und Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft. Tutzing: Studien zur Politik. Tutzing: Akademie für Politische Bildung, S. 69-84.

Heckmann, Friedrich (2015): Integration von Migranten Einwanderung und neue Nationenbildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Helfferich, Cornelia (2011): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Helfferich, Cornelia (2019): Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, Nina/Blasius Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 2.Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 669-686.

Holtkamp, Lars/Garske, Benjamin (2018): Der Wahlerfolg von Kandidaten mit Migrationshintergrund in West- und Ostdeutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl). Jg. 49, Heftnr 1, S. 57-69.

Holtkamp, Lars/Schnittke, Sonja (2010): Die Hälfte der Macht im Visier – Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen, Heinrich Böll Stiftung, Berlin.

Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke/Friedhoff, Caroline (2013): Intersektionale Analyse der Parlamente-Repräsentation von MigrantInnen in bundesdeutschen Parlamenten. Polis Nr. 72/2013. Hagen: FernUniversität in Hagen, (online: [https://www.fernuni-hagen.de/polis/lg4/docs/polis\\_72.pdf](https://www.fernuni-hagen.de/polis/lg4/docs/polis_72.pdf); abgerufen am: 05.10.2020).

Hossain, Nina/Friedhoff, Caroline/Funder, Maria/Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke (2016): Partizipation – Migration – Gender. Eine Studie über politische Partizipation von Migrant\_innen in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.

Hunger, Uwe/Candan, Menderes (2009): Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), (online: <https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/25950/ssoar-2009->

[hunger\\_et\\_al-politische\\_partizipation\\_der\\_migranten\\_in.pdf?sequence=1](#); abgerufen am: 18.06.2020).

International Organization for Migration (2019): International Migration Law. Glossary on Migration, (online: [https://publications.iom.int/system/files/pdf/iml\\_34\\_glossary.pdf](https://publications.iom.int/system/files/pdf/iml_34_glossary.pdf); abgerufen am: 12.06.2020).

Kaase, Max (1995): Partizipation. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 521-527.

Kletzing, Uta/Lukoschat, Helga (2014): Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. Kurzfassung. 3. Auflage. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Berlin, (online: <https://www.bmfsfj.de/blob/93654/cc181cedaa0de9a08ae7faf4a71f0086/engagiert-vor-ort-kurzfassung-data.pdf>; abgerufen am: 24.05.2020).

Kruse, Jan (2015): Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz. 2. überarbeitete und ergänzte Ausgabe. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Lehnerer, Elisa (2020): Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung in Deutschland. Möglichkeiten, Hemmnisse und Förderungsansätze; Masterarbeit, OTH Regensburg, FORSCHUNGSVERBUND FORDEMOCRACY Working Paper Nr. 3, (online: <https://f.hypotheses.org/wp-content/blogs.dir/5280/files/2020/05/Working-Paper-Nr.-3.pdf>; abgerufen am: 31.10.2020).

Lokschin, Lena (2018): Migrationshintergrund als Ressource und als Hindernis in der Politik. In: Rohloff, Sigurður-A./Martínez Calero, Mercedes /Lange, Dirk (Hrsg.): Soziale Arbeit und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 121-129.

Lukoschat, Helga (2017): Das kommunale Spitzenamt – eine Männersache? In: Knaut, Annette/Heidler, Julia (Hrsg.): Spitzenfrauen. Wiesbaden: Springer VS, S. 33-45.

Lukoschat, Helga/Bleschner, Jana (2014): Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West, (online: [https://www.frauenmacht-politik.de/fileadmin/Dokumente/P\\_Frauen-Fuehren-Kommunen\\_Studie.pdf](https://www.frauenmacht-politik.de/fileadmin/Dokumente/P_Frauen-Fuehren-Kommunen_Studie.pdf); abgerufen am: 24.05.2020).

- Mayring, Philipp/Fenzl, Thomas (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 2.Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 633-648.
- Mediendienst Integration (2013): Mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund, (online: <https://mediendienst-integration.de/artikel/mehr-abgeordnete-mit-migrationshintergrund.html>; abgerufen am: 24.05.2020).
- Mediendienst Integration (2017): Abgeordnete mit Migrationshintergrund, (online: <https://mediendienst-integration.de/artikel/abgeordnete-mit-migrationshintergrund.html>; abgerufen am: 24.05.2020).
- Mediendienst Integration (2020): Zahlen und Fakten. Politische Teilhabe, (online: <https://mediendienst-integration.de/integration/politik.html>; abgerufen am: 01.10.2020).
- Metrina, Anna (2020): Vermittlung politischer Partizipationsformen in Orientierungskursen des BAMF. Stärken und Verbesserungspotenziale der politischen Erwachsenenbildung in den Lehrwerken der Orientierungskurse, FORSCHUNGSVERBUND FORDEMOCRACY Working Paper Nr. 5, (online: [https://f.hypotheses.org/wp-content/blogs.dir/5280/files/2020/06/Working-Paper\\_ForDemocracy\\_Anna-Metrina\\_final.pdf](https://f.hypotheses.org/wp-content/blogs.dir/5280/files/2020/06/Working-Paper_ForDemocracy_Anna-Metrina_final.pdf); abgerufen am: 31.10.2020).
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2013): Experteninterviews. In: Friebertshäuser, Barbara/Langer, Antje/Prenzel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. 4. durchgesehene Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 457-471.
- Müssig, Stephanie (2020): Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne (2012): Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Reihe Integrationsreport, Teil 10: Working Paper 46). Nürnberg.
- Niemi, Richard G./Craig, Stephen C./Mattei, Franco (1991): Measuring internal political efficacy in the 1988 National Election Study. In: The American Political Science Review. Jg. 85, Heftnr. 4, S. 1407-1413.

- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2010): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. 4. erweiterte Auflage. München: Oldenbourg Verlag.
- Reef, Mary-J./Knocke, David (1999): Political Alienation and Efficacy, in: Robinson, John P./Shaver, Phillip R./Wrightsmann, Lawrence S. (Hrsg.): Measures of Political Attitudes, Band 2, San Diego: Academic Press, S. 413-464.
- Roth, Roland (2017): Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten. In: vhw, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, FWS 5, Oktober-November 2017, (online: [https://www.vhw.de/fileadmin/user\\_upload/08\\_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2017/5\\_2017/FWS\\_5\\_17\\_Politische\\_Partizipation\\_von\\_Migrantinnen\\_und\\_Migranten\\_R.\\_Roth.pdf](https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2017/5_2017/FWS_5_17_Politische_Partizipation_von_Migrantinnen_und_Migranten_R._Roth.pdf); abgerufen am: 10.10.2020).
- Roth, Roland (2018): Integration durch politische Partizipation. In: Gesemann, Frank / Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 629-658.
- Sauer, Martina (2016): Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten. In: Brinkmann, Heinz-U./Sauer, Martina (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden: Springer VS, S. 255-279.
- Schmidbauer, Simon/Haug, Sonja (i.E.): Politische Partizipationsmöglichkeiten von Geflüchteten und deren Vermittlung im Rahmen des Integrationskurses – Ergebnisse einer Befragung von Expert\*innen. In: Stock, Miriam/Hodaie, Nazli/ Immerfall, Stefan/Menz, Margarete (Hrsg.): Migrationsgesellschaft. Pädagogik, Profession, Praktik. Wiesbaden: Springer VS, erscheint voraussichtlich 2020.
- Schmitz, Constanze/Wüst, Andreas (2011): Was bewegt Politiker mit Migrationshintergrund? Befunde aus deutschen Großstädten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl). Jg. 4, Heftnr. 11, S. 850-862.
- Schönwälder, Karen (2010): Einwanderer in Räten und Parlamenten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Jg. 60, Heftnr. 46–47, S. 29–35.
- Schönwälder, Karen/Sinanoglu, Cihan/Volkert, Daniel (2011): Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. (Hrsg. Boell Stiftung).
- Schöttle, Sabrina (2019): Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit. Wiesbaden: Springer VS.

- Statistisches Bundesamt (2018): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit Bevölkerung mit Migrationshintergrund–Ergebnisse des Mikrozensus 2018. Fachserie 1, Reihe 2.2, (online: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergrund-2010220187004.pdf? blob=publicationFile>; abgerufen am: 12.06.2020).
- Statistisches Bundesamt (2020a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Ergebnisse des Mikrozensus 2019. (online: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergrund-2010220197004.pdf;jsessionid=61A6177AC2D3706EAD0D0A66AEB2B082.internet731? blob=publicationFile>; abgerufen am 23.02.2021).
- Statistisches Bundesamt (2020b): Migrationshintergrund (online: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html>; abgerufen am: 12.06.2020).
- Street, Alex (2014): Representation Despite Discrimination: Minority Candidates in Germany, In: Political Research Quarterly. Jg. 67, Heftnr. 3, S. 374-385.
- United Nations (2020): Migration, (online: <https://www.un.org/en/sections/issues-depth/migration/index.html>; abgerufen am 12.06.2020).
- Van Deth, Jan-W. (2009): Politische Partizipation. In: Kaina, Viktoia/Römele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141-161.
- Verba, Sidney/Scholzman, Kay-L./Brady, Henry-E. (1995): Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- VERBI Software (2019): MAXQDA 2020 [computer software]. Berlin, Germany: VERBI.
- Walgenbach, Katharina (2013): Postscriptum: Intersektionalität – Offenheit, interne Kontroversen und Komplexität als Ressourcen eines gemeinsamen Orientierungsrahmens. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar, María T./ Supik, Linda (Hrsg.): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. 2. überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 265-278.

- Weßels, Bernhard (2018): 9.2 Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.): Datenreport 2018 Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, (online: [https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2018.pdf;jsessionid=410D18555C0785F6C7D6620608ED222C.inter-net8721?\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2018.pdf;jsessionid=410D18555C0785F6C7D6620608ED222C.inter-net8721?_blob=publicationFile); abgerufen am: 19.06.2020), S.350-357.
- Westle, Bettina (2001): Politische Partizipation und Geschlecht. In: Koch, Achim/ Wasmer, Martina/ Schmidt, Peter (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 6. Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske + Budrich, S.131-168.
- Wiedemann, Claudia (2006): Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen. In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 261-268.
- Wilmes, Bernhard (2018): Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, (online: <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/247685/politische-partizipation>; abgerufen am: 13.06.2020).
- Wittlif, Alex/Litta, Henriette (2016): Schwarz, rot, grün-welche Parteien bevorzugen Zuwanderer? Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016-5. Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.
- Wüst, Andreas M. (2011): Politische Repräsentation von Migranten im Vergleich: Die Rolle von Parteien. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 117-135.
- Wüst, Andreas/Faas, Thorsten (2018): Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung, (online: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14347.pdf>; abgerufen am: 05.10.2020).